

P R O T O K O L L

über die 44. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr am Donnerstag,
5. April 1984, im Rathaus, 1. Stock hinten, Gemeinderatsitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14 Uhr
ÖFFENTLICHE SITZUNG

A n w e s e n d :

VORSITZENDER:

Bürgermeister Heinrich Schwarz

VI Z E B Ü R G E R M E I S T E R:

Leopold Wippersberger
Karl Fritsch

STADTRÄTE:

Ingrid Ehrenhuber
Karl Feuerhuber
Rudolf Pimsl
Rudolf Steinmaßl
Manfred Wallner
Johann Zöchling

GEMEINDERÄTE:

Hermann Bachner
Roman Eichhübl
Franz Enöckl
Helmut Hanzlik
Walter Heumann
Karl Hochrather
Karl Holub
Rupert Humer
Dr. Kurt Keiler
Wilhelm Kern
Walter Köhler
Herbert Lang

Otilie Liebl

Johann Manetsgruber

Franz Mayr

Ernst Platzer

Erna Probat

Josef Radler

Friedrich Reisinger

Franz Rohrauer

Erich Sablik

Erwin Schuster

Ing. Othmar Schloßgangl

Ernst Seidl

Otto Treml

Dkfm. Helmut Zagler

VOM AMT:

Magistratsdirektor Obersenatsrat

Dr. Franz Knapp

Magistratsdirektor-Stellvertreter

OSR. Magl. Johann Rabl

Kontrollamtsdirektor Oberamtsrat

Alfred Eckl

Dr. Kurt Schmidl

VOK. Heinz Ruckerbauer

PROTOKOLLFÜHRER:

Präsidialdirektor MOK.

Dr. Gerhard Alphasamer

VB Gerda Gugenberger

T A G E S O R D N U N G

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer

Behandlung von allfälligen Anfragen

Mitteilungen des Bürgermeisters

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gemäß § 51 Abs. 3 StS

Verhandlungsgegenstände

Aktuelle Stunde

Beschlüsse des Stadtsenates:

- | | |
|--------------|---|
| Bau5-1630/81 | Kanalanschluß Josef und Pia Dostal; Vergrößerung des Kanaldurchmessers; Kostenbeitrag der Stadt. |
| Wa-826/78 | Schadensbehebung am oberwasserseitigen Schemelwehr bei der Großen Falle am Wehrgraben. |
| Bau5-1701/77 | Sportheim Münichholz; Neuanschaffungen. |
| GHJ2-1231/84 | Neulackierung von Verkehrszeichen in der "Fahrschule der Jugend". |
| GHJ1-1033/84 | Büro des Bürgermeisters; Ankauf einer Telefon-Parallelstation zur bestehenden Chef-Sekretäranlage TOPSET 104. |
| Ha-1152/84 | Errichtung des pfarrlichen Jugendzentrums Resthof; Gewährung einer Subvention. |
| Bau5-955/83 | Erweiterung der Pflegeabteilung im Zentralaltersheim; Mittelfreigabe 1984. |
| Wa-4125/73 | Sanierung der Mülldeponie Steyr; ergänzendes Gutachten. |
| GHJ2-824/84 | Heimathaus Steyr; Sanierung des Dachstuhles. |
| GHJ1-1515/84 | Mutterberatungsstelle Wehrgrabengasse; Ankauf eines Dauerbrandofens. |
| SH-1125/84 | Pflegemütter; Ehrung anläßlich des Muttertages. |
| Bau4-1427/84 | Neubau der Friedhofbrücke in Gleink; Vergabe der Projektierungsarbeiten; Mittelfreigabe. |
| Ha-6925/83 | Evangelische Pfarrgemeinde Steyr-Münichholz; Gewährung einer außerordentlichen Subvention. |
| Ha-1679/84 | Verein Lebenshilfe, Tagesheimstätte Steyr; Gewährung einer außerordentlichen Subvention. |

Verhandlungsgegenstände

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

- 1) VH-960/84 Festsetzung der Kursbeiträge und Kursleiterhonorare für die Volkshochschule der Stadt Steyr – Arbeitsjahr 1984/85.
- 2) Präs-685/81 Stadt Steyr als Haftungsgemeinde der Sparkasse Steyr; Entsendung eines Mitgliedes in den Sparkassenrat.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

- 3) Buch-6660/83 Genehmigung von Überschreitungen veranschlagter Ausgabenkredite im Rechnungsjahr 1983.
- 4) Buch-6660/83 Deckung des Abganges im ordentlichen und außerordentlichen Haushalt 1983 durch Entnahmen aus Rücklagen.
- 5) Ha-2270/83 Wohnhausanlage Ortskai 11/2 – 11; Förderung durch die Stadt Steyr.
- 6) Ha-2646/83 Rotes Kreuz, Bezirksstelle Steyr-Stadt; Jahressubvention 1984.
- 7) Ha-716/84 Fremdenverkehrsverband Steyr; Jahressubvention und Personalkostenersatz 1984.
- 8) Wa-5450/75 Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung; Abwasserbeseitigungsanlage Steyr, Bauabschnitt 02; Refundierung von Kosten für Ausschreibungen, Bauleitungen, Bauabrechnungen usw.
- 9) Ha-2388/76 Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung; Abwasserbeseitigungsanlage Steyr, Bauabschnitt 03; Förderung durch das Land Oberösterreich – Baureferat; Haftungsübernahme.
- 10) Bau6-1782/76 Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung; Zentrale Kläranlage in Hausleiten; Projektierung der Schlammentwässerungspressen.

BERICHTERSTATTER STADTRAT KARL FEUERHUBER:

- 11) Bau4-7380/83 Brücken am Wehrgraben; Bodenerkundungsarbeiten und Projektierung für die Direktionsbrücke.
- 12) Bau3-1545/77 Fußgängerunterführung Blümelhubervilla; Mittelfreigabe 1984; Bau6-1741/83 Abwicklung der Schlußrechnung für Baumeister- und Kanalbauarbeiten.
- 13) Bau3-5060/83 Sanierung der Josef Wokral-Straße.
- 14) SH-1124/84 Einkommensschwache Personengruppen; Brennstoffaktion 1984.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

- 15) ÖAG-684/84 Stadtwerke
Stadtwerke Stadtwerke Steyr – Brunnenschutzgebiet; Refundierung von Ausgaben für das Jahr 1983.
- 16) ÖAG-1930/84 Stadtwerke
Stadtwerke Ausbau der Wolferner Landesstraße bis zur Stadtgrenze; Neuverlegung einer Trinkwasserversorgungsleitung.
- 17) ÖAG-1049/84 Stadtwerke
Stadtwerke Stadtwerke Steyr, Gas- und Wasserwerk; Ankauf von Sphärogußrohren und Formstücken zur Deckung des Jahresbedarfes 1984.
- 18) ÖAG-7481/83 Stadtwerke
Stadtwerke Omnibusankauf.

BERICHTERSTATTER STADTRAT MANFRED WALLNER:

- 19) Ges-15/83
K-5501/83 Straßenbenennung "Franz Paulmayr-Straße".
- 20) Bau2-6607/83 Erklärung von Verkehrswegen zu Ortschaftswegen.
- 21) Bau2-2016/84 Verhängung der Bausperre Nr. 7 für Betriebsgrundstücke 1576/1 und 1575/3, Kat. Gem. Föhrenschacherl, an der Wolfenstraße.
- 22) Bau2-5510/82 Bebauungsplan Nr. 39 "Stadlmayrgründe"; Änderung Nr. 1.
- 23) Bau3-1240/81 Ausbau der Steiner- und Klosterstraße; Erklärung als Gemeindestraße.
- 24) Bau6-6180/75 Errichtung der Kanalisation Ennsleite; Auftragserweiterung.
- 25) Ge-3140/81 Marktordnung der Stadt Steyr; Novellierung.

BERICHTERSTATTER STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

- 26) ÖAG-1047/84 Verkauf einer Grundparzelle im Bereich der Josef Fellingner-Siedlung an Dr. Heinz Bäck.
- 27) ÖAG-1597/84 Verkauf einer Grundparzelle im Bereich der Josef Fellingner-Siedlung an Dipl. Ing. Wolfgang Kropf.
- 28) ÖAG-6809/82 Ankauf von Liegenschaften an der Resthofstraße von Ingeborg Proyer und der Bauunternehmung Zwettler; Darlehensübernahme.
- 29) GHJ2-20/84 Gemeindeeigenes Objekt Brucknerstraße 1; Instandsetzungsarbeiten.
- 30) GHJ2-21/84 Gemeindeeigenes Objekt Brucknerstraße 3; Instandsetzungsarbeiten.
- 31) GHJ2-22/84 Gemeindeeigenes Objekt Brucknerstraße 5; Instandsetzungsarbeiten.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Werte Damen und Herren des Gemeinderates, ich begrüße Sie recht herzlich zur heutigen Sitzung des Gemeinderates und eröffne diese. Ich möchte feststellen, daß die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde. Entschuldigt für heute hat sich Herr Gemeinderat Steinparzer. Besonders begrüßen möchte ich heute Kollegen Radler, der nach sehr langer Krankheit heute wieder in unserer Mitte ist.

Applaus

Er ist ja erst vor kurzem von seinem Kuraufenthalt zurückgekommen und ich danke ihm dafür, daß er heute bereits anwesend ist.

Herrn Gemeinderat Holub und Herrn Gemeinderat Platzer ersuche ich um Übernahme der Protokollprüfung.

Meine Damen und Herren, als Mitteilungen des Bürgermeisters darf ich Ihnen einige, wie ich glaube interessante Dinge, berichten.

Es liegt mir ein Bericht des Arbeitsamtes Steyr vor über die derzeitige Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage des Bezirkes und ich möchte die Gelegenheit dieser Sitzung benützen, Sie darüber kurz zu informieren.

Aufgrund des Berichtes, der vom 6. März 1984 stammt, ist eine leichte saisonale und konjunkturelle Besserung feststellbar. Von dieser Besserung sind allerdings die metallverarbeitenden Betriebe ausgenommen. Aufgrund dieses Umstandes, kann man allgemein sagen, daß die Arbeitsmarktsituation in unserem Bezirk, in der Stadt Steyr, im besonderen aber noch nicht als günstig zu bezeichnen ist. In den abgelaufenen Jahren ist der Höchststand an vorgemerkten Arbeitslosen traditionell immer Ende Jänner eingetreten, heuer war dies erst Ende Februar mit einer leichten Steigerung gegenüber Jänner festzustellen. Ende Februar waren im Bezirk 2.220 Arbeitslose vorgemerkt, rund 50 % davon entfallen auf die Stadt Steyr und 50 % auf den Bezirk Steyr-Land.

Im Arbeitsamtbezirk sind die Bezirke Steyr-Stadt und Steyr-Land als ein gemeinsamer Bezirk bezeichnet, dazu kommen noch Grünburg und die Gemeinde Steinbach/Steyr, die ja bekanntlich zum Bezirk Kirchdorf gehört. Gegenüber dem Vormonat bedeutet es eine geringfügige Steigerung von 31 Personen oder ca. 1,5 %. Diese Zunahme ist in erster Linie auf ein Plus bei den Metallberufen zurückzuführen, hier sind um 77 Vorgemerkte Ende Februar mehr als im Jänner 1984.

Eine weiterhin steigende Tendenz - das ist sicher positiv - weisen die offenen Stellen auf, sie sind im Februar um ca. 18 % auf rund 200 angestiegen. Auch der Jahresvergleich in diesem Zusammenhang ergibt einen positiven Vergleich, gegenüber Ende Februar 1983 hat sich die Zahl der offenen Stellen um 33 Prozent erhöht. Trotz dieser Steigerung kommen aber immer noch auf eine offene Stelle ca. 11 vorgemerkte Arbeitssuchende. In der Bauwirtschaft ist die Lage ziemlich unverändert gegenüber dem Vormonat und Vorjahr. Die Zahl ist praktisch gleichbleibend. Ich darf aber sagen, daß die Bauwirtschaft aufgrund von Aussagen erwartet, daß sich im heurigen Jahr eine etwas günstigere Entwicklung als im Jahr 1983 abzeichnet.

Ich darf auch mitteilen, daß im Zusammenhang mit der Einführung einer Sonderaktion zur Entspannung der Arbeitsmarktlage eine Aktion von der Arbeitsmarktverwaltung ins Leben gerufen wurde, die arbeitslose Personen fördert. Solche werden befristet auf ein Jahr als echte Personalvermehrung bei Betrieben eingestellt, und zwar unter gewissen Voraussetzungen, wie längere Arbeitslosigkeit, eine bestimmte Altersstruktur usw. Unter diesen gewissen Voraussetzungen werden auch von der Arbeitsmarktverwaltung die gesamten Kosten, auch die Personalnebenkosten, für ein halbes Jahr übernommen. Stadt Steyr hat sich an dieser Aktion beteiligt und wir haben mit 1. April 1984 9 zusätzliche Arbeitskräfte eingestellt. Es handelt sich durchwegs um jüngere Kräfte, zu Teil sogar um Behinderte, die im Wirtschaftshof, in der Stadtgärtnerei und im Zentralaltersheim in erster Linie eingesetzt werden. Es handelt sich durchwegs um Hilfspersonal, wir müssen uns allerdings verpflichten, diese Kräfte mindestens 1 Jahr lang zu beschäftigen. Das ist eine der Voraussetzungen für diese Förderung. Ich glaube, daß die

Stadt Steyr damit ein Beispiel gegeben hat, daß sie auch ihren Beitrag zur Verringerung der Arbeitslosigkeit in Steyr leisten will.

Weiters möchte ich berichten, daß im Bereich des Magistrates Steyr künftighin – abgesehen von einigen Ausnahmen – grundsätzlich Umweltschutzpapier verwendet wird. Dieses Umweltschutzpapier in einer leichten grauen und grünen Färbung ist im Handel bereits erhältlich und wird zusätzlich mit dem Aufdruck Umweltschutzpapier versehen. Es ist damit für die Empfänger diesbezüglicher Schriftstücke erkennbar, daß dieses Papier verwendet wird. Ich glaube, es ist im Sinne des Gemeinderates. Die Produktion dieses Papiers, das ist in der Öffentlichkeit und auch Ihnen sicher bekannt, erfordert wesentlich weniger Holzbedarf und weniger Wasserbedarf und auch einen wesentlich geringeren Energieeinsatz.

Meine Damen und Herren, dann darf ich noch kurz auf die Papiercontainer zur Sammlung von Altpapier hinweisen. Hier ist ein Antrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion erfolgt, und zwar in einer der letzten Sitzungen des Gemeinderates, dieser Antrag ist dem Präsidialplanungsausschuß zugewiesen worden. Dieser Ausschuß hat sich mit dem Antrag beschäftigt, aber auch die Möglichkeit überprüft, eine Steyrer Firma mit der Sammlung von Altpapier zu beauftragen. Die Firma Bittner erklärte sich bereit, kostenlos dafür Container bereitzustellen, diese regelmäßig zu betreuen und zu entleeren. Zunächst werden fünf Container in den Hauptsammelstellen: Resthof (bei der Trafik im Konsumgebäude in der Dieselstraße), in der Resthofstraße gegenüber der Bauleitungsbaracke, am Tabor in der Kaserngasse gegenüber der Sporthalle, auf der Ennsleite in der Schillerstraße (an der Rückfront des ehemaligen Kinderfreundeheimes) und in Münichholz in der Sebekstraße vor dem Ederhof, aufgestellt. Die Vorteile dieser Regelung werden darin gesehen, daß die städtische Müllabfuhr entlastet wird und der Auftrag einem heimischen Unternehmen zukommt. Das Rote Kreuz wird außerdem durch diese Aktion finanziell unterstützt, weil dem Roten Kreuz S 0,30 pro Kilogramm gesammeltem Altpapier von der Firma Bittner überwiesen wird.

Im nächsten Amtsblatt, meine Damen und Herren, wird eine Information über die Aufstellungsorte dieser Container erfolgen. Es wird also im Amtsblatt darauf hingewiesen und es werden die Standorte bekanntgegeben. Sollte sich diese Aktion bewähren bzw. sollte ein zusätzlicher Bedarf bestehen, wird es sicher möglich sein, weitere Container in Zusammenarbeit mit der Firma Bittner aufzustellen.

Zusammenfassend kann man sagen, daß damit unser gemeinsames Anliegen erreicht wurde und daß wir mit dieser Aktion zweifellos einen sehr wichtigen Beitrag geleistet haben.

Außerdem möchte ich berichten, daß das Magistratspräsidium am 16. März 1984 einen Besuch bei Herrn Landeshauptmann Dr. Ratzenböck abgestattet hat. Im Verlauf dieses Besuches wurden im besonderen Verkehrsprobleme und die Wehrgrabenfrage behandelt. Es waren zeitweise auch Herr Landesrat Winetzhammer und Herr Hofrat Schacherl anwesend. Die Vertreter der Stadt haben den Vorrang der Nordspange und von dieser ausgehend einer leistungsfähigen Verbindung zur Autobahn gegeben und das dort vorgebracht. Das würde wahrscheinlich einen Ausbau der sogenannten Hargelsberger-Strecke als Alternative für die früher geplante Trasse der S 37 bedeuten. Für den Stadtbereich ist abermals der Ausbau des Bauloses Bad I verlangt worden. Dabei mußten wir leider feststellen, daß der erforderliche Umweltbericht entgegen verschiedener Aussagen von Landesrat Winetzhammer bis zum Besprechungszeitpunkt dem Bautenministerium noch immer nicht vorgelegt wurde. Es wurde aber versichert, dies unverzüglich nachzuholen.

In Sachen Wehrgraben wurde dem Landeshauptmann die rechtliche Problematik dargestellt und der letzte Verfahrensstand erläutert. Es wurden auch die taktischen Überlegungen der Stadt angeschlossen und der Herr Landeshauptmann hat diese Überlegungen der Stadt gebilligt. Es ist sehr deutlich zum Ausdruck gekommen, daß wir als Stadt Steyr als schwächster Partner nicht alleine diese zusätzlichen Kosten, die zweifellos durch das Offenhalten entstehen, tragen können, sondern daß wir andere Kostenträger anstreben wollen. Diese unsere grundsätzliche Haltung hat die Zustimmung des Landeshauptmannes gefunden und er hat seine Unterstützung in dieser Richtung zugesagt. Weitere Festlegungen werden demnächst auch im Zuge eines Gespräches mit Bundesminister Dr.

Fischer erfolgen. Die Einladung zu einem Besuch hat der Minister bereits erhalten.

Ich möchte noch mitteilen, daß Vertreter der Wirtschaft am Dienstag bei mir einen Besuch abgestattet haben, unter der Führung des Obmannes der Handelskammer, Gemeinderat Ing. Schloßgangl. Es wurden bei diesem Besuch, dem die Gremialvorsteher von Steyr der verschiedensten Fachrichtungen angehörten, Probleme der Wirtschaft behandelt. Es wurde im besonderen auf die Problematik der Belegung des Steyrdorfes hingewiesen. Es wurde aber auch darauf hingewiesen, daß man versuchen soll, vermehrt Steyr als Tagungsort anzusprechen. Die Konkurrenz innerhalb der verschiedenen Marktstände war auch Inhalt dieses Gespräches. Ich glaube, es sind viele Probleme, die die Wirtschaft betreffen, behandelt worden. Dieses Gespräch ist in einer sehr netten und amikalen Form abgelaufen und ich kann mir vorstellen, daß diese Art der Kontaktierung eine ständige Einrichtung werden könnte, weil damit zweifellos verschiedene Probleme, die wir gemeinsam haben, einer Lösung zugeführt werden können. So ein Gedankenaustausch ist sicher sehr gut.

So weit meine Mitteilungen über besondere Anlässe, die sich in der letzten Zeit ergeben haben.

Wir kommen nun zur Behandlung von allfälligen Anfragen und dazu darf ich feststellen, daß solche nicht vorliegen.

Zu den Beschlüssen des Stadtsenates darf ich feststellen, daß diese in der Einladung zur Gemeinderatsitzung angeführt sind und ich bitte Sie laut § 51 Abs. 3 StSum Kenntnisnahme.

Wir kommen nun zu den Verhandlungsgegenständen und hier bitte ich Kollegen Vizebürgermeister Wippersberger um die Übernahme des Vorsitzes.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich übernehme den Vorsitz und ersuche Herrn Bürgermeister um die Berichterstattung.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe Ihnen zwei Anträge zur Beschlußfassung vorzulegen. Im ersten Antrag geht es um die Festsetzung der Kursbeiträge und Kursleiterhonorare für die Volkshochschule der Stadt Steyr, Arbeitsjahr 1984/85.

Dem Antrag ist ein ausführlicher Amtsbericht beigeschlossen und ich darf darauf hinweisen, daß der Kulturausschuß in seiner Sitzung vom 24. 2. 1984 sich ausführlich mit dieser Frage befaßt hat und der Beschluß gefaßt wurde, die im Bericht vorgesehenen Festlegungen dem Gemeinderat zur Beschlußfassung zu empfehlen. Wenn es gewünscht wird, trage ich selbstverständlich den gesamten Amtsbericht vor. Ich glaube aber, daß der Inhalt jedem bekannt ist und ich mir daher die Verlesung ersparen kann.

Der Antrag lautet:

1) VH-960/84

Festsetzung der Kursbeiträge und Kursleiterhonorare für die
Volkshochschule der Stadt Steyr - Arbeitsjahr 1984/85.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA IX vom 29. 2. 1984 werden die Kursbeiträge und die Kursleiterhonorare für die Volkshochschule der Stadt Steyr entsprechend dem im zitierten Amtsbericht unterbreiteten Vorschlag neu festgesetzt.

Ich bitte Sie um positive Beschlußfassung.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich frage, ob dazu jemand zu sprechen wünscht? Herr Kollege Tremel bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Bürgermeister Schwarz hat schon darauf hingewiesen, daß sich der Kulturausschuß bereits am 24. Februar sehr eingehend mit der beantragten Festsetzung der Kursbeiträge und Kursleiterhonorare beschäftigt hat. Ich möchte eine kurze Erklärung abgeben, denn hier handelt es sich darum, daß z. B. die Kursleiterhonorare seit zwei Jahren nicht angehoben wurden. Ich bin der Auffassung, bzw. meine Fraktion ist der Auffassung, daß man aufgrund der Preissteigerung endlich auch diese Kursleiterhonorare nachziehen soll, das heißt, daß ich für die Erhöhung der Kursleiterhonorare eintrete. Allerdings nicht für eine Erhöhung der Kursbeiträge, die damit gekoppelt sind. Hier werden nämlich die Beiträge um 20 % und mehr erhöht und in Zeiten wie diesen, wie es so schön gesagt wird von der Mehrheitsfraktion, kann man einer solchen drastischen Erhöhung von teilweise über 20 % von meiner Seite aus nicht die Zustimmung geben.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Gibt es noch eine Wortmeldung dazu? Das ist nicht der Fall und ich bitte daher den Referenten um sein Schlußwort.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren, ich darf wiederholen, der Bericht, der hier vorgelegt wurde, wurde im Kulturausschuß einstimmig angenommen. Kollege Treml hat ja im Kulturausschuß kein Stimmrecht, hat aber bereits dort seine Meinung deponiert. Natürlich vergleichen wir die Kursbeiträge auch mit denen anderer Städte. Wir können uns auch in diesem Fall als Stadt Steyr mit unseren Gebühren und Tarifen sehen lassen, wir liegen in vielen Bereichen unter den Tarifen und Gebühren vergleichbarer Städte. Ich möchte mich daher nicht weiter verbreitern und bitte Sie nochmals um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke dem Berichterstatter für sein Schlußwort und bringe den Antrag zur Abstimmung. Wer gegen diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Gibt es Enthaltungen? – 1 Stimmenthaltung GR Treml (KPÖ). Der Antrag ist mit einer Stimmenthaltung beschlossen.

Ich bitte um den nächsten Punkt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag bitte ich Sie um Zustimmung, daß in den Sparkassenrat seitens der Stadt Steyr als Haftungsgemeinde Altbürgermeister Franz Weiss entsandt wird. Es handelt sich hier um die Vollziehung einer Tradition, es waren auch die ehemaligen Bürgermeister, z. B. Bürgermeister Fellingner, über ihre Funktionszeit hinaus, so lange die Periode des Sparkassenrates dauert, Mitglied des Sparkassenrates. Dieser formelle Beschluß ist deshalb notwendig, weil Herr Bürgermeister Weiss aufgrund seines Ausscheidens aus der Funktion des Bürgermeisters, kraft der er in den Sparkassenrat entsandt wurde, automatisch jetzt aus diesem ausgeschieden wäre. Ich bitte Sie, folgendem Antrag die Zustimmung zu geben:

2) Präs-685/81

Stadt Steyr als Haftungsgemeinde der Sparkasse Steyr;
Entsendung eines Mitgliedes in den Sparkassenrat.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 26. 3. 1984 wird von der Stadt Steyr als Haftungsgemeinde Altbürgermeister Franz Weiss mit dem Zeitpunkt der Zurücklegung seiner Funktion als Bürgermeister für die Dauer der laufenden Funktionsperiode in den Sparkassenrat der Sparkasse Steyr entsendet.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sie haben den Antrag gehört. Ich frage Sie, ob Sie dazu zu sprechen wünschen? Das ist nicht der Fall. Gibt es eine gegenteilige Meinung? Eine Enthaltung? Beides nicht der Fall, der Antrag ist einstimmig angenommen.

Damit übergebe ich den Vorsitz wieder unserem Herrn Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile Kollegen Wippersberger zur weiteren Berichterstattung das Wort.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Ich habe Ihnen insgesamt 8 Anträge des Stadtsenates zur Beschlußfassung zu unterbreiten. Der erste dieser Anträge befaßt sich mit der Genehmigung von Überschreitung veranschlagter Ausgabenkredite im Rechnungsjahr 1983 im Ausmaß von 18,049,700 Schilling. Diese Summe erscheint relativ hoch, liegt jedoch erfreulicherweise um mehr als 1 Million Schilling niedriger als im Jahr zuvor beim Rechnungsabschluß 1982. Ich möchte nicht in Details eingehen, sondern nur ein paar Worte zu den größeren Überschreitungen sagen. Betonen möchte ich in diesem Zusammenhang auch die Tatsache, daß dem erhöhten Aufwand auf der Ausgabenseite zum Teil auch erhöhte Einnahmen auf der Einnahmenseite gegenüberstehen, z. B. bei der Müllabfuhr. Um gleich bei den erhöhten Aufwendungen des städtischen Wirtschaftshofes zu bleiben, die erhöhten Ausgaben bei der Straßenreinigung waren unschwer vorauszusehen, da die im Budget 1983 veranschlagten Summen zu optimistisch erstellt wurden, unterdotiert waren und ich habe diesen Umstand auch bei der Erstellung des Budgets 1984 berücksichtigt und für das Budget 1984 entsprechend höhere Zahlen eingesetzt. Die größte Budgetüberschreitung im Ausmaß von mehr als 2,7 Millionen Schilling ist bei den Kreditzinsen zu verzeichnen und ist als logische Folge der vermehrten Kreditaufnahmen im letzten Jahr eingetreten. Ich hoffe zuversichtlich, daß uns Ähnliches in diesem Jahr nicht passieren wird.

Werte Kolleginnen und Kollegen, soviel zu den im gegenständlichen Rechnungswerk herausragenden Zahlen mit dem Ersuchen, dem Ihnen vorliegenden Antrag die Zustimmung zu geben.

Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

3) Buch-6660/83

Genehmigung von Überschreitungen veranschlagter Ausgabenkredite im Rechnungsjahr 1983.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die in der Anlage angeführten Überschreitungen von Ausgabenkrediten des Voranschlages (inkl. Nachtragsvoranschlag) 1983 von insgesamt S 18,049,700,- werden genehmigt.

(BEILAGE) *A*

Ich bitte Sie, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben den Antrag gehört. Wünscht dazu jemand das Wort? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Gegenstimmen? Enthaltungen? Danke, es liegt ein einstimmiger Beschluß vor.

Ich darf um den nächsten Antrag ersuchen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Der nächste Antrag beschäftigt sich mit der Deckung des Abganges im ordentlichen Haushalt und im außerordentlichen Haushalt 1983 durch Entnahmen aus Rücklagen. Nicht erfreulich ist vor allem die Tatsache, daß unsere finanziellen Mittel zur Deckung des ordentlichen Haushaltes nicht ausgereicht haben, so daß wir sogar zur Deckung des ordentlichen Haushaltes Rücklagen entnehmen mußten. Eine sehr offensichtliche Beweis-

führung dafür, daß die Finanzkraft der Gemeinden in unserer Stadt in ganz besonderem Ausmaß stark nachgelassen hat. Bei uns in Steyr spielen ja nebender schlechten Wirtschaftslage, die zu einer beträchtlichen Mindereinnahme bei der Gewerbe- und Lohnsummensteuer geführt hat, auch die Tatsache des Rückganges der Wohnbevölkerung und der damit verbundene Einnahmenentfall bei den Bundesertragsanteilen eine erhebliche Rolle. Nicht uninteressant in diesem Zusammenhang ist übrigens ein Artikel der Amtlichen Linzer Zeitung vom 23. Februar dieses Jahres über die Finanzkraft der öö. Gemeinden. In diesem Artikel mit der Überschrift "Die Finanzkraft der öö. Gemeinden statistisch betrachtet" wird festgestellt, daß die Stadt Steyr hinsichtlich ihrer Finanzkraft, nach dem Finanzausgleichsgesetz betrachtet, erst an 83. Stelle aller öö. Gemeinden liegt. Eine für uns alle sehr betrübliche Feststellung und Tatsache, die aufzeigt, wie notwendig eine Stärkung unserer Finanzkraft geworden ist, da es uns nur so möglich sein wird, unsere kommunalen Aufgaben zum Wohle der Bevölkerung auch in Zukunft im notwendigen und erwünschten Ausmaß erfüllen zu können. Da es auch den meisten anderen Städten kaum besser, ja zum Teil sogar noch schlechter geht, können wir nur hoffen, daß den Forderungen des Städtebundes anlässlich der Erstellung eines neuen Finanzausgleichsgesetzes mit Beginn des kommenden Jahres entsprochen wird und den Gemeinden tatsächlich wieder erhöhte finanzielle Mittel zufließen. Nun zum Antrag selbst, der folgenden Wortlaut hat:

4) Buch-6660/83

Deckung des Abganges im ordentlichen und außerordentlichen Haushalt 1983 durch Entnahmen aus Rücklagen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Zur Deckung des Abganges im ordentlichen Haushalt in Höhe von S 2,994.658,08 sind aus der Allgemeinen- und Betriebsmittelrücklage	1,994.658,08
und zur Deckung des Abganges im außerordentlichen Haushalt in Höhe von S 13,027.409,92 sind aus der Allgemeinen- und Betriebsmittelrücklage	11,766.314,71
und aus der Rücklage für die Reinhaltung des Grund- und Quellwassers	<u>1,261.095,21</u>
insgesamt demnach aus den Rücklagen	16,022.068,--

zu entnehmen.

Die Beeinnahmung der o. a. Rücklagenentnahmen hat bei den nachstehend angeführten Voranschlags-Stellen zu erfolgen:

2/981000/298000 (zur Deckung des oH)	2,994.658,08
6/981000/298000 (zur Deckung des aoH)	11,766.314,71
6/811000/298000 (zur Deckung des aoH)	<u>1,261.095,21</u>
	16,022.068,--
	=====

Der ordentliche und der außerordentliche Haushalt 1983 sind somit ausgeglichen.

Ich bitte Sie, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Herr Kollege Holub bitte!

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Meine Herren Bürgermeister, geschätzte Damen und Herren des Gemeinderates! Es ist wahrlich keine leichte Zeit, in der der Finanzreferent der Stadt Steyr Bericht erstatten mußte über die Bedeckung des ordentlichen und außerordentlichen Haushaltes 1983. Vizebürgermeister Wippersberger hat ganz richtig die Auffälligkeit der Notwendigkeit der Rücklagenauflösung zur Bedeckung des ordentlichen Haushaltes betont. Es

wurde uns ja gesagt – das brauche ich nicht wiederholen – daß dies an sich ein Alarmsignal ist und dieses Alarmsignal möchte ich noch unterstreichen. Erstmals, liebe Kolleginnen und Kollegen, konnten wir die laufende Gebarung vom ordentlichen Haushalt nicht eigenfinanzieren. Wenn wir die Rücklagen nicht gehabt hätten, müßten wir uns in die Reihe derjenigen Gemeinden einordnen, die jetzt schon nicht mehr in der Lage sind, ihren ordentlichen Haushalt zu bedecken. Was das bedeutet, das läßt sich in einem privaten Haushalt leicht übersetzen, man verdient weniger als man auszugeben verpflichtet ist. Da hat man noch kein Stück Brot gegessen. Das ist die Finanzsituation, in der sich viele Gemeinden bewegen. Alle jene Gemeinden, die unter diesem 83. Platz, an dem die Stadt Steyr laut Aussage von Herrn Vizebürgermeister Wippersberger liegen, sind noch viel schlechter daran. Wir können erstmals 1983 alles das, was wir im Interesse unserer Bürger im außerordentlichen Haushalt, der ja das gezielte Maßnahmenpaket beinhalten muß, nicht mehr eigenfinanzieren, sondern sind absolut auf Fremdmittelheranziehung angewiesen. Was sich dann logischerweise – auch das wurde schon ausgeführt im Tagesordnungspunkt vorher – im erhöhten Bedarf an Kreditzinsaufbringung widerspiegelt. Das alleine zurückzuführen auf die sinkende Finanzkraft der Stadt und die Schlußfolgerung daraus zu ziehen, man müßte ganz einfach den Verteilungsschlüssel der überkommenen Bundesmittel, also der Bundesertragsanteile, verändern, da ginge es der Stadt wieder gut, das hieße, die Sache etwas zu einseitig sehen. Sicherlich ist die Aufteilung der Bundesmittel etwas, was eine größere Gemeinde sehr sorgfältig betrachten muß, das steht außer Zweifel. Nur muß diese größere Gemeinde halt den Solidaritätsgedanken mit den kleineren, mit eben jenen, die unter dem 83. Platz stehen, mitbedenken. Immerhin sind das noch etwas mehr als 300. Solidarität gibt es ja leider Gottes nicht nur dann, wenn es einem anderen besser geht und mir schlechter, sondern das bedingt natürlich auch das Gegenverhalten dessen, dem es noch relativ besser geht im Verständnis zu dem, dem es noch schlechter geht. Das ist ja die ungeheure Schwierigkeit, die alle Beteiligten vorfinden bei der Verhandlung um die Reformierung des Finanzausgleiches. Das sollten auch wir als Gemeindevertreter mitbedenken bei allem Verständnis für einen Finanzreferenten, der natürlich fordert, daß der Finanzausgleich zum Vorteil der größeren Gemeinden verändert wird. So weit verständlich, aber bitte auch die Kleineren, die noch Ärmeren, zu verstehen. Ganz so verarmt ist die Stadt Steyr ja noch nicht, das muß man auch dazusagen. Das wäre der eine Aspekt, die Mittelaufbringung aus den Bundesertragsanteilen, die kann man auf zwei Arten gegensteuern. Das eine ist, gibt mir mehr Anteile, und das zweite ist, schauen wir, daß wir mehr Bürger haben. Dazu tut die Stadt ja einiges an Maßnahmen an Zurverfügungstellung von Siedlungsgebieten und ähnlichem. Ich erinnere an die Fellingner-Siedlung und an die Waldbrandsiedlung. Die Quintessenz, die man aus der Überlegung ziehen muß, daß solche Maßnahmen sicherlich sinnvoll und gerechtfertigt sind und daß man auch in weiterer Zukunft daran denken sollte, ähnliche Ansiedlungsprojekte weiter zu führen. Das Zurverfügungstellen von Siedlungsgrund an siedlungswillige Bürger ist durchaus im positiven Licht zu sehen, das wäre meine Bitte an die Mehrheit hier im Haus. Ich glaube, da haben wir ja eine einmütige Zielsetzung, daß wir für unsere Steyrer Bürger das Abwandern möglichst uninteressant machen sollten. Die logische Folge sehen wir dann bei der nächsten Volkszählung wieder.

Der zweite Weg, den wir unbedingt gehen müssen, wenn wir schon zur Kenntnis nehmen müssen – jetzt komme ich mir schon fast vor wie ein buddhistischer Prediger, der immer wieder dasselbe sagt, nicht nur schauen, daß wir mehr Geld hereinbekommen, sondern auch schauen, daß wir mit den vorhandenen Einnahmen vernünftig umgehen, und zwar mittelfristig vernünftig. Und da wären wir bei meiner uralten Forderung nach einem mittelfristigen Maßnahmen- und Finanzierungsplan. Da befinde ich mich in angenehmer Gesellschaft mit dem städtischen Finanzreferenten, der ähnliches in seinem Konzept hat. Es ist wirklich eine bittere Wahrheit, die wir alle als Gemeindevertreter zur Kenntnis nehmen müssen, ob wir wollen oder nicht. Die sinkende Ertragskraft aller Kommunen wird uns über lang oder kurz in Verbindung mit den unbedingt notwendigen Maßnahmen, sei es Umweltschutz oder Straßenbau, zwingen, mit den vorhandenen Finanzressourcen sehr sehr bewußt umzugehen. Das heißt, wir können nur jenen Luxus in Angriff nehmen, den wir unter Schonung aller anderen Notwendigkeiten tatsächlich auch bequem und komfortabel fi-

nanzieren können. Das, meine Damen und Herren, wird unsere Schwierigkeit sein, in die nächste Zukunft hinein. Das Bemühen, damit vernünftig umzugehen, wird sicherlich möglicherweise in der einen oder anderen Art überschattet sein durch die Erfordernisse, den Bürgern spektakuläre Bauten zu errichten, besonders dann, wenn eine Wahl vor der Tür steht. Es ist ja gar nicht mehr so weit hin und das sollte das Ende meiner Betrachtung sein, daß wir uns nicht aus lauter Begeisterung vor der Notwendigkeit, spektakuläre Erfolge präsentieren zu können, erneut in eine neue Abhängigkeit in der strengen Finanzierungssituation zu begeben. Ich glaube, wir müssen so selbstbewußt und so diszipliniert in die Zukunft gehen. Natürlich werden wir dem vorliegenden Antrag als Fraktion unsere Zustimmung geben, zumal wir ja bei den meisten Beschlüssen einer Meinung waren und die Beschlußfassung natürlich auch einmal im Klingeln oder im Nichtklingeln der Kasse ihren Niederschlag finden muß.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht noch jemand dazu zu sprechen? Ich möchte Kollegen Fritsch ersuchen, den Vorsitz zu übernehmen, damit ich einige Worte dazu sagen kann.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Ich übernehme den Vorsitz und bitte Herrn Bürgermeister um seine Ausführungen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, das Problem, das diesem Antrag zugrunde liegt, ist zweifellos ein sehr großes. Kollege Holub hat das auch sehr deutlich unterstrichen. Ich glaube nicht, daß wir mit der Solidarität allein hier auskommen werden. Wir beweisen diese Solidarität seit eh und je. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß wir an das Land beispielsweise in etwa über 50 Millionen Schilling bezahlen, an die 20 Millionen Schilling bekommen. Hier ist ein gewisser Ausgleich sicher zugunsten der noch finanzschwächeren Gemeinden gegeben. Es muß uns aber zu denken geben, wenn wir innerhalb sehr kurzer Zeit von einer wesentlich günstigeren Position, wenn man die Finanzkraft als Vergleich herannimmt, abgesunken sind auf die 83. Stelle unter dem Durchschnitt aller öö. Gemeinden. Wir liegen ja unter dem Durchschnitt, das ist der entscheidende Punkt.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich glaube, man kann nicht klar genug und deutlich genug sagen – hier bitte ich alle Fraktionen um ihre Unterstützung – daß die Aufgabenstellung der Gemeinden immer steigt. Die zusätzlichen Aufgaben, die wir übernehmen, verändern sich nach oben in einem sehr raschen Maß. Einerseits auf dem sozialen Sektor, ich denke hier nur an die Betreuung unserer älteren Mitbürger, an die Notwendigkeit des Ausbaues unseres Zentralaltersheimes, die ständige Ausweitung der Pflegeabteilung, aber das gilt auch für viele andere Bereiche. Ich glaube, daß das vernünftige Dinge sind, man kennt ja in den Gemeinden die Probleme der Menschen viel besser als anderswo. Von dort aus – das trifft nicht nur auf unsere Gemeinde zu – werden viele freiwillige Leistungen in vielen Bereichen in irgendeiner Form gesetzt. Wir müssen auf diese Problematik hinweisen und ich möchte sehr deutlich sagen, daß hier beim Finanzausgleich die Länder – ich möchte mich nicht auf Oberösterreich beziehen, sondern generell sprechen – in einer sehr günstigen Position sind.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Alle Länder sagen genau das Gegenteil!

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Aber das ist eine Tatsache, die nicht wegzuleugnen ist. Es ist doch so, daß von den drei Gebietskörperschaften – das habe ich schon sehr oft gesagt – der Bund, wenn er zusätzliche Mittel für die Bewältigung von Aufgaben hereinbringen will, das mit Steuermitteln, mit Tarifierhöhungen usw. tun muß. Wir als Gemeinde müssen in etwa 40 % unserer Einnahmen durch eigene Steuern abdecken. Auch wir müssen fallweise an die Bevölkerung heran-

treten und um Verständnis ersuchen, daß wir Tarifregulierungen vornehmen. Die Politik, die wir zu betreiben haben, ist zweifellos schwieriger. Das Land ist in dieser Situation nicht, es bekommt das Geld im Zuge der Bedarfszuweisungen vom Bund und auch von den Gemeinden in Form der Landesumlagen. Das Land hat auf dem Finanzsektor lediglich die Verteilungsfunktion, nicht einmal 1 % der gesamten Einnahmen des Landes sind eigene Einnahmen, eigene Steuereinnahmen. Ich vertrete die Meinung, daß man diese Verantwortung auch teilen sollte. Diese Verantwortungsteilung ist ein ganz entscheidender Punkt im Rahmen der gerechten Verteilung der Möglichkeiten, die jeder haben sollte. Ich spreche auch dafür, daß in manchen Bereichen bei den Ländern die Möglichkeiten der freien Verfügbarkeit um Zuweisung der Mittel reguliert werden sollen. Diese freien Möglichkeiten müßten eingeschränkt, müßten reguliert werden, es müssen Regulative aufgestellt werden, damit Ungerechtigkeiten nicht passieren. Das ist meine Meinung. Hier liegt sehr viel im freien Ermessen der politischen Funktionäre und derartige Dinge sind in einer solchen Finanzsituation nicht mehr vertretbar. Das ist meine Meinung dazu, das möchte ich dazu sagen. Ich glaube auch, daß wir uns alle gemeinsam bemühen müssen, bei den Finanzausgleichsverhandlungen, ganz egal, wo wir stehen, diese besondere Problematik der Gemeinden immer wieder aufzuzeigen, damit von diesem großen gemeinsamen Kuchen entsprechend unserer Aufgabenstellung auch der entsprechende Teil den Gemeinden zukommt.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Ich danke Herrn Bürgermeister für seinen Beitrag. Ich frage, ob noch jemand dazu das Wort wünscht? Es liegt keine Wortmeldung mehr vor und übergebe damit den Vorsitz wieder dem Herrn Bürgermeister Schwarz mit der Bitte, dem Referenten das Schlußwort zu erteilen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für die Vorsitzführung und bitte Kollegen Wippersberger um sein Schlußwort.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Unser Herr Bürgermeister hat mir sehr viel vorweggenommen. Tatsache ist vor allen Dingen, wenn ich die Gemeinden allgemein betrachte, daß die ständig steigenden Aufgaben und die damit verbundenen Ausgaben der Gemeinden nicht Schritt halten können mit den Einnahmen, das heißt, die Einnahmen bleiben zurück und steigen nicht in dem Ausmaß als die Ausgaben, die uns zum Teil sogar aufgezwungen werden. Bürgermeister Schwarz hat es bereits erwähnt, wir liegen ganz eindeutig hinsichtlich der Finanzkraft im Pro-Kopf-Einkommen unter dem öö. Durchschnitt. Es ist so, der Städtebund – wir waren vor wenigen Wochen in Innsbruck bei der letzten Tagung des Hauptausschusses – ist nicht der Meinung, daß der Aufteilungsschlüssel zwischen den Städten und Gemeinden geändert gehört. Wir wollen keine Änderung, denn sicher sind zum Teil auch die kleineren Gemeinden in einer sehr schwierigen finanziellen Lage. Was der Städtebund will, ist, daß die gesamten Steuereinnahmen der Gemeinden und Städte erhöht werden. Daß also zu Lasten des Bundes bzw. der Länder die Gemeinden höhere Einnahmen bekommen sollen. Man will es wieder so ähnlich erreichen wie 1977, beim letzten Finanzausgleich, daß das Verhältnis wieder so ist wie 1977. In der Zwischenzeit sind ja neuerlich Steuern eingeführt worden und diese Steuern hat der Bund bzw. haben die Länder zugesprochen bekommen. Sie wissen ja, daß mit Beginn dieses Jahres aufgrund dieser steuerlichen Maßnahmen das Land Oberösterreich rund 400 Millionen Schilling Mehreinnahmen hat. Unsere Stadt hat, wenn es gut geht, vielleicht ein paar hunderttausend Schilling. Das werden wir aber erst beim Rechnungsabschluß sehen. Hier ist schon eine gewisse Ungerechtigkeit festzustellen. Beim Städtebund wurde der einstimmige Beschluß gefaßt, und zwar von allen Fraktionen, auch von der ÖVP, zu fordern, daß die Landesumlage abgeschafft wird. Dieser Beschluß wurde auch vom Gemeindebund einhellig gefaßt. Zum mittelfristigen Konzept darf ich sagen, ich möchte dieses Konzept – es ist schon sehr weit gediehen – befürworten, aber endgültig kann es erst erstellt werden, wenn

wir wissen, wie das neue Finanzausgleichsgesetz für die nächsten 5 Jahre aussieht. Man kann bei einem solchen Konzept nicht nur schauen, wie es ausgabenmäßig aussieht, zuerst muß man wissen, wie es mit den Einnahmen ausschaut, können wir mit einem Mehr an Einnahmen rechnen und in welchem Ausmaß können wir damit rechnen. Ausgaben nur mit Aufnahme von Darlehen zu finanzieren, das ist ja nicht möglich. Wir müssen abwarten, was beim neuen Finanzausgleichsgesetz herauskommt, das derzeit in Verhandlung steht und heuer beschlossen wird für die nächsten 5 Jahre. Dann können wir erst für die nächsten Jahre ein mittelfristiges Konzept vorlegen. Ich glaube, ich brauche mich nicht mehr weiter verbreitern, denn das meiste ist gesagt worden. Ich bitte daher den Vorsitzenden, über den Antrag abstimmen zu lassen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gegenprobe? Enthaltungen? Beides nicht der Fall, der Antrag ist beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Werte Kolleginnen und Kollegen, beim nächsten Antrag liegt wieder ein sehr ausführlicher Amtsbericht vor, der auch im Finanz- und Rechtsausschuß sowie im Wohnungsausschuß eingehend behandelt wurde. Ich glaube, ich kann es Ihnen ersparen, nochmals auf die ganze Problematik im Detail einzugehen. Ich ersuche Sie jetzt schon, den vorliegenden Antrag, den ich nunmehr zur Verlesung bringe, zu genehmigen. Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

5) Ha-2270/83

Wohnhausanlage Ortskai 11/2 - 11;
Förderung durch die Stadt Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsabteilung 11 wird der Übernahme der Grundstückskostenbeiträge für die Wohnhausanlage Ortskai 11/2 - 11 in Höhe von S 2,458.000 in der Form, daß aus den verbleibenden Resten bereits gewährter Darlehen an die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr der genannte Betrag auf Grundstückskostenbeiträge für die Wohnhausanlage Ortskai 11/2 - 11 umgewidmet wird, zugestimmt. Weiters wird dem vorläufigen Verzicht der Stadt Steyr auf die Überweisung der auf die Maisonetten der Wohnhausanlage Ortskai 11/2 - 11 entfallenden Verwaltungskostenbeiträge durch die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr entsprechend dem Etappenplan zur Erreichung einer kostendeckenden Miete zugestimmt.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Sie haben den Antrag gehört, er steht zur Diskussion. Herr Kollege Holub bitte!

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Der Punkt, der uns jetzt beschäftigt, ist schon monatelang virulent, der Bazillus ist im Raum, der Infektionsherd ist am Ortskai, der Infektionsverursacher wird namentlich noch nicht genannt. So könnte man die Diagnose über den Patienten stellen. Die Therapie hat man gefunden, nämlich die Gemeinde unterstütze den Wohnbau außerordentlich, nämlich weiter, als bei anderen Wohnbauten. Es handelt sich um eine Notmaßnahme, die aufgrund der Gegebenheiten erforderlich war, wengleich die näheren Umstände nicht ungeteilte Begeisterungstürme verursachten, wie wir schon in den vergangenen Sitzungen diskutiert haben. Die Begleitmusik rund um diesen Antrag möchte ich jetzt nicht wiederholen, vielleicht hören wir heute noch Näheres über die Vorgänge und ich möchte durchaus nicht jedem das Material wegnehmen.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT DKFM. HELMUT ZAGLER:

Dann bleibt dafür der Otto sitzen!

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Ich glaube nicht daran, daß er sitzen bleibt. Wenn die Milch ausgeschüttet ist, so hat es keinen Sinn, im nachhinein darüber zu weinen, sondern man sollte möglichst schnell ein Tuch suchen, damit man sie zusammenwischen kann. Das ist geschehen, die Maßnahmen sind gesetzt. Mit leichter Sorge um die Präzedenzwirkung werden wir diesen Dingen die Zustimmung geben. Präzedenzwirkung in zweierlei Hinsicht, nämlich erstens, wir müssen uns sorgsam hüten, ähnliche Wohnbauabenteuer im sozialen Wohnbau wieder zu ermöglichen. Den ersten Beweis werden wir liefern können und ich glaube zumindest aus der Erkenntnis der letzten Wohnungsausschußsitzung, daß man dem Wohnbauprojekt in der Haratzmüllerstraße mit wesentlich größerer Aufmerksamkeit schon im Planungsstadium gegenübertritt, als dies sicherlich – das ist einer der Infektionsverursacher am Ortskai – bei den Vorbereitungsmaßnahmen rund um dieses Projekt der Fall war. Ich glaube, wir als Gemeindevertreter lernen sicher aus diesem Vorgang, zumindest die Erkenntnis, daß, wenn schon soziale Wohnungen gebaut werden, daß die auch dem Markt, den Bedingungen und Erfordernissen des Marktes genügen müssen. Auch schon in diesem Notmaßnahmenpaket ist eine Erkenntnis drinnen verwirklicht, nämlich das Veräußern von bestimmten Wohnungen, die dazu besonders geeignet sind, ins Eigentum von Nutzungswilligen überzugehen. Man kann hier wörtlich nachlesen, daß diese außerordentlich rasch an Bewerber ins Eigentum übergeben werden konnten, was wieder einmal beweist, daß das, was wir seit Jahren hier herinnen gesagt haben, die GWG soll sich auch mit Eigentumswohnbau befassen, durchaus nicht ganz so unrichtig war, wie es dann und wann, insbesondere von Seiten der sozialistischen Fraktion, dargestellt wurde.

Der erste Schritt oder vielmehr ist es der zweite Schritt in Richtung Eigentumswohnungen, ist somit getan. Ich glaube, daß man den Gedanken, besonders gute Wohnungen doch vermehrt an Eigentumswerbher heranzubringen, sicher in Zukunft nicht mehr außer Augen wird lassen können, denn ähnliche Finanzierungsmaßnahmen, wie wir sie jetzt hier beschließen werden, und ich denke, wir werden sie beschließen, werden wir uns auf lange Sicht nicht leisten können. Ich glaube nicht, daß es Aufgabe von Sozialwohnbauträgern ist, überdimensionierte oder unangebrachte – das wäre der häßlichste Ausdruck dafür – oder unnötig luxuriöse Wohnungen zu errichten, im nachhinein festzustellen, daß diese Wohnungen, sei es auf der Finanzierungsseite oder sei es von der Betriebskostenseite her betrachtet, am Markt bei vielen Wohnungswerbern nicht anbringlich sind. Diese Nutzenanwendung können und müssen wir aus dem Vorgang am Ortskai ziehen. Wenn der Markt für Eigentumswohnungen da ist und wir Gebäude oder Liegenschaften haben, die zum Eigentumswohnbau geeignet sind, so wird es sicherlich zweckmäßig sein, dort die entsprechenden Wohnungen einzubauen. Wo aber diese Möglichkeiten nicht gegeben sind, und wo der Bedarf noch vorhanden ist von sozial schwächeren Seiten, so muß man auch bitte Wohnungen bauen, – das ist eine uralte Forderung, ich denke aber, daß wir hier völlig einer Meinung sind – die sich diejenigen Leute leisten können, die den Wohnungsbedarf haben. Sonst bauen wir schöne Schaufenster mit schönen Waren und kein Mensch kann sich diese Ware kaufen. Wenngleich man mir jetzt wieder entgegenhalten wird können, die Wohnung soll keine Ware sein, das war aber nur bildlich verglichen. Im sozialen Wohnungsbau sollte weniger der Handelswert eine Rolle spielen, die Wohnung sollte eher der Bedarfsdeckung dienen. Der Bedarf im Wohnbau resultiert eben aus dem Platzbedarf und zweitens aus der Möglichkeit, die Kosten tragen zu können.

Noch einmal gesagt, beim Wohnbauprojekt in der Haratzmüllerstraße wissen wir, daß die Pläne, die es gibt, zur Zeit nicht diskutabel sind und es wird hoffentlich zu einer Baudurchführung in einer anderen Art und Weise kommen. Man wird sehr behutsam sein müssen. Man wird in Hinkunft überhaupt behutsam sein müssen, daß man nicht auf Architekten, die ziemlich unabgeprüft Projekte vorlegen, hörig hereinfällt. Die Gefahr ist sehr groß, wenn die Gemeindevertreter, insbesondere das Präsidium und die Geschäftsführung der GWG, aufmerksam sind in dieser Richtung, wird es uns hoffentlich gelingen, Ähnliches zu vermeiden. Ein Schlußwort noch, die Mietengestaltung erstellt sich nach dem vorliegenden Antrag relativ günstig, wenn man vergleichbare Neubauten in unserem Stadtgebiet heranzieht, allerdings um den Preis der Schmälerung der Gemeindefinanzen. Es ist

schon ein wenig bedenklich, und sicherlich nur durch die Notmaßnahme zu rechtfer-
tigen, daß man von der Gleichheit der Förderung unserer Gemeindebürger hier weg-
geht. Ich warne davor, diesen Weg der Ungleichheit in der Förderung fortzusetzen,
denn es könnte sehr böses Blut in der Öffentlichkeit verursachen, wenn unsere Bür-
gerinnen und Bürger nachzurechnen anfangen, daß sie das Pech gehabt haben, in
Wohnungen einziehen zu müssen, wo die Notsituation nur bei ihnen, den Mietern, war
und noch nicht bei der vermietenden GWG.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für den Beitrag. Kollege Treml ist der nächste Redner.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Kollege Wippersberger und Kollege Holub haben schon erwähnt, daß wir uns mit der
Problematik der Wohnanlage Ortskai nicht zum ersten Mal beschäftigen, sondern es
wurde bereits in einigen Ausschüssen darüber diskutiert. Wenn Sie sich erinnern kön-
nen, wurde bereits im November von mir darauf aufmerksam, daß es dort zum Teil eine
Wohnanlage gibt, die leer steht. Ich habe das wiederholt gefordert und auch im Dezem-
ber wenig Gehör gefunden beim Plenum. Es ist allerdings dann eingetreten, daß auch
die Presse stärker eingestiegen ist und hier Veröffentlichungen durchgeführt hat und dem-
entsprechende Richtigstellungen allgemein zu dieser Wohnanlage gegeben hat.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, es ist ja auch eine Tatsache, obwohl es in
unserer Stadt weit mehr als 1.500 Wohnungswerber gibt, stehen in dieser Anlage bereits
Wohnungen über 3 Monate lang leer. Nur durch die Übernahme der heute beantragten
Grundstückskosten in der Höhe von fast 2,5 Millionen Schilling und durch den vorläufi-
gen Verzicht auf die Verwaltungskostenbeiträge, ebenfalls von 36.000 Schilling im Jahr,
sowie durch Stundung der Baukostenbeiträge auf 50 Jahre, können diese 20 Wohnungen
am Ortskai, bekannt unter dem Namen "BMW-Wohnbauten", nun anscheinend doch vermie-
tet werden.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, diese Misere beginnt bei der Oberfläch-
lichkeit, die schon bei der Erstellung der BMW-Verträge herrschte. BMW verlangte als
Vorbedingung neben den bekannten anderen Förderungsmaßnahmen, wie Sie wissen, un-
ter anderem die Bereitstellung von Wohnungen durch die Gemeinn. Wohnungsgesellschaft
der Stadt Steyr, die nunmehr nicht voll in Anspruch genommen wurden. Dadurch kommt
jetzt die Stadt Steyr zu einem finanziellen Schaden in Millionenhöhe, da sie ja gezwun-
gen ist, diese Wohnungen zu bezuschussen, um die Mieten auf ein erträgliches Maß ab-
zusenken.

Meine Damen und Herren, trotzdem möchte ich nicht verheimlichen, es ist ja weder im
Amtsbericht zum Ausdruck gekommen, noch wurde es allgemein so breit diskutiert,
für eine der Wohnungen in dieser Wohnanlage sind 112.000 Schilling als Grundkosten-
beitrag und 65.000 Schilling als Baukostenbeitrag, das sind immerhin zusammen
177.000 Schilling, vor dem Einzug bar zu erlegen. Zu dem würde noch der Quadrat-
meterpreis von an die 40 Schilling, also genau S 39,90, zu stehen kommen, wozu
dann, wie Sie auch wissen, noch die Heizungskosten kommen in der Höhe von ca., mei-
ner Schätzung nach, S 1.500,- monatlich. So müßte eben der Mieter für eine Wohnung
mit 116 m² nach der Vorleistung von 177.000 Schilling eine Monatsmiete, inkl. Heizkosten,
von ca. S 6.500,- bezahlen. Durch die Förderungsmaßnahmen verringert sich der Qua-
dratmeterpreis von S 39,90 auf die im Amtsvorschlag vorgesehenen S 37,-. Dies gilt
allerdings nur ganz kurze Zeit, nämlich bis zum Jahre 1986. Anschließend soll im Rah-
men eines von mir nicht gern genannten 5-Jahres-Planes, nämlich bis zum 1. 1. 1989,
wieder die sogenannte kostendeckende Miete erreicht werden, also wiederum die volle
Höhe von rund S 40,-/m² zuzüglich von Erhöhungen, die in dieser Zeit durch Be-
triebskostenerhöhungen usw. eintreten.

Meine Fraktion gibt trotzdem dieser Förderungsmaßnahme die Zustimmung, betrachtet
sie aber als Ausnahmeregelung. Meine Damen und Herren, die Förderung der 20 Mieter

in der Wohnanlage Ortskai durch die Stadtgemeinde mit 2,5 Mill. Schilling zeigt gleichzeitig erneut, daß die 13 Jahre lange Wohnbaupolitik einer SP-Regierung sicher – an diesem Beispiel kann man das ohne weiteres nochmals unterstreichen – in die Sackgasse geführt hat. Es werden bekanntlich heute weniger Wohnungen in Österreich gebaut und die monatliche Miete beträgt auch in unserer Stadt bereits, wie Sie ja selbst wissen, bis weiter über S 5.000,- im Monat. Es ist auch Ihnen, meine Damen und Herren des Gemeinderates, genau so wie mir bekannt, daß sich in unserer Stadt Familien mit Kindern die von der Stadtgemeinde bzw. der GWG der Stadt errichteten Neubauwohnungen nicht mehr leisten können. Bei den derzeitigen Mieten könne man keinesfalls mehr von sozialem Wohnbau sprechen, obwohl es immer wieder in Formulierungen zum Ausdruck kommt, man soll nicht das machen, wie man es beim Ortskai gemacht hat, sondern es soll der soziale Wohnbau aufrecht erhalten werden. Meine Auffassung ist, bei derartigen Mieten in Neubauwohnungen kann man seit Jahren von keinem sozialen Wohnbau mehr sprechen. Viele wohnungssuchende Familien mit Kindern sind finanziell nicht einmal in der Lage, sich hier beim Wohnungsamt um eine Neubauwohnung zu bewerben. Es gibt nicht wenige Beispiele, daß junge Familien, die eine teure Neubauwohnung zugewiesen bekamen, trotz Mietzinsbeihilfe, der sogenannten Subjektförderung, nach einiger Zeit wieder die Wohnung räumen, weil sie die Mieten einfach nicht bezahlen können. Daher muß sich auf diesem Gebiet, so glaube ich, für die nächste Zukunft die Wohnbaupolitik grundsätzlich ändern. Ich vertrete auch die Auffassung meiner Partei hier, die Verwirklichung eines sozialen Wohnbaues, was insbesondere jungen Familien mit Kindern moderne Wohnungen zu günstigen Preisen sichert, erfordert entsprechend höhere Mittel von Bund und Land sowie auch von der Stadt, aber nicht in dem Ausmaß, wie es im konkreten Fall bei diesen 20 Wohnungen geschehen ist.

Nun vielleicht noch eine Abschlußbemerkung, weil Kollege Holub heute die Situation am Ortskai ausnützt, um die alte Forderung der ÖVP auch in Steyr mehr zur Geltung zu bringen, nämlich mehr Eigentumswohnungen zu bauen. Er meinte, dieses Beispiel zeigt genau, diese Wohnungen sind als erste weggegangen, weil sie so kostengünstig sind. Da bin ich anderer Auffassung. Erstens müßte man wissen, wer diese 9 Eigentumswohnungen beansprucht. Ich weiß es nicht, weil hier im Gemeinderat – das ist ebenfalls bekannt – einige Dinge vorgekommen sind, die ich sicher nicht für gut halte. Aber ich weiß, daß ein Baumeister oder Architekt von diesen 9 Wohnungen 2 gekauft hat. In diesen Kreisen gibt es natürlich Möglichkeiten, aufgrund der großen Gewinne, die gerade auf dem Bau-sektor hereinkommen, kann man so etwas anschaffen. Das ist mir schon klar, aber für die breite Öffentlichkeit ist es sicher nicht lukrativ. Das habe ich schon bewiesen mit unserem normalen Wohnbau.

Meine Damen und Herren, auch hier möchte ich einiges aufklären. Diese Eigentumswohneinheit dort unten kostet ja auch S 1,700.000,-. Damit man ein solches Eigentums- haus herstellen kann, sind nicht 177.000 Schilling Barmittel notwendig, sondern dort muß man sofort 320.000 S erlegen. Ein Architekt oder Baumeister kann das natürlich auch für zwei Wohneinheiten, aber ob das ein Normaler tun kann, weiß ich nicht. Außerdem kommt noch dazu, daß man auch in diesem Haus mit Rückzahlungen und Betriebskosten bzw. Heizung immerhin monatlich noch auf eine Miethöhe von 6.500,- bis 7.000 S kommt. Ich glaube kaum, daß es zweckmäßig wäre, in unserer Arbeiterstadt Steyr Kurs darauf zu nehmen, daß wir unser Wohnungsproblem, das bei mir immer an Nummer 1 steht, mit Eigentumswohnungen lösen können.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Herr Kollege Eichhübl hat sich als Nächster gemeldet!

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich hatte ursprünglich nicht die Absicht, mich nochmals im Zusammenhang mit dem vorliegenden Antrag zu Wort zu melden. Ich sage deshalb nochmals, weil es ja auch schon in der letzten Zeit sehr viele Diskussionen in den entsprechenden Ausschüssen gegeben

hat. Vor allen Dingen ist bei allen Wortmeldungen deutlich herausgekommen, – das ist auch meine Meinung – daß man in Zukunft alles daransetzen wird müssen, um zu verhindern, daß Wohnungen solcher Größenordnung mit entsprechend hohen Mietzinsen errichtet werden dürfen. Die Wortmeldung von Kollegen Tremml hat mich aber veranlaßt, doch auch seitens der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion eine Stellungnahme abzugeben. Wenn sich Kollege Tremml bei der Vorgangsweise übergangen fühlt, diese Wohnungen doch an den Mann zu bringen, so ist das sicher sein legitimes Recht, das hier zum Ausdruck zu bringen. Wir glauben aber doch, daß es richtig war, denn es galt, ein Problem zu lösen und dieses Problem war zweifellos vorhanden, das hat auch Kollege Holub zum Ausdruck gebracht. Es galt also, so rasch wie möglich zu handeln und dies ist geschehen, indem man eben die Mietzinspreise in der Form gesenkt hat, daß man den Quadratmetermietzins herabgesetzt hat.

Wir werden selbstverständlich diesem Antrag die Zustimmung geben, weil die Stadtgemeinde Steyr ja auch bei ähnlich gelagerten Fällen bereits finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt hat. Selbstverständlich wird man sich in Zukunft Gedanken machen müssen, daß man bereits vor Errichtung, also bei der Planung von Wohnungen im sozialen Wohnbau sicher wird ausrechnen müssen, was denn diese Wohnungen letztendlich kosten werden, und zwar im Interesse der wohnungssuchenden Bevölkerung unserer Stadt Steyr.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Ich bitte Kollegen Fritsch, den Vorsitz zu übernehmen, damit ich einige Worte dazu sagen kann.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Der Vorsitz wird wieder übernommen. Bürgermeister Schwarz möchte einen Beitrag zu diesem Antrag leisten und ich bitte ihn zum Wort.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Dieses Problem hat begonnen – das wurde schon angeführt – bei der Planung dieser Wohnungen. Ich möchte aber doch darauf hinweisen, daß natürlich vom Zeitpunkt der Planung bis zur tatsächlichen Fertigstellung bei solchen Anlagen in der Regel ein Zeitraum von ca. 5 Jahren verstreicht. In diesen Zeiträumen, auch das muß man erkennen, ändern sich auch die Vorstellungen der Mieter. Es ändern sich verschiedene Verhältnisse, die dazu führen, daß unter Umständen Wunschvorstellungen, die vor fünf Jahren vorhanden waren, die diese Art der Wohnungen sicherlich seinerzeit berechtigt haben, dann, wenn das Bauwerk vollendet ist, nicht mehr vorhanden sind. Ich darf auch darauf hinweisen, daß dieses Vorhaben auch seitens der zuständigen Stellen des Landes förderungsmäßig eingehend geprüft und die Zustimmung des Landes zu dieser Art des Wohnbaues gegeben wurde, weil sonst keine Wohnbaumittel zur Verfügung gestellt worden wären. Ausgangspunkt war das BMW-Werk zweifellos, weil man erwartet hat, es sind ja diesbezügliche Wünsche seitens des BMW-Werkes herangetragen worden an die Gemeinde, für Schlüsselkräfte Wohnungen zur Verfügung zu stellen, die auch in der Größenordnung diesen Wünschen entsprechen. Es hat sich herausgestellt, daß ein Großteil dieser Schlüsselkräfte nicht die Mietwohnungen oder Eigentumswohnungen wollte, sondern die meisten davon, soviel ich weiß, haben sich entweder Häuser gekauft oder haben sich selbst ein Eigenheim errichtet. Dadurch ist dieser Wohnungsmarkt, jene Gruppe, für die diese Wohnungen vorgesehen wären, zum Teil ausgefallen. Ich möchte mich aber dafür nicht entschuldigen sondern sagen, daß dieses Problem, mit dem wir uns hier beschäftigen, nicht ein Problem der Stadt Steyr ist, sondern ein allgemeines. Ich darf darauf hinweisen, daß auch die Wohnungs-AG eine ähnliche Lösung in Münchenholz praktiziert hat, damit diese finanziellen Probleme bewältigt werden können. Es ist äußerst schwierig und wir müssen künftighin mit großer Sorgfalt solche Dinge behandeln. Da gebe ich jedem recht, der das gesagt hat. Es ist aber auch nicht absehbar, wie sich in verschie-

denen Dingen die Preise entwickeln in diesem Zeitraum. Ich darf sagen, daß die Energiepreisentwicklung ja kaum beeinflussbar ist von unserer Seite, die trägt ja sehr maßgeblich dazu bei. Es ist ja nicht mehr so, daß sich der Gesamtwohnungsaufwand prozentuell so verteilt, daß die Miete den größten Teil ausmacht, sondern ein sehr wesentlicher Teil, bis zu 50 %, sind heute die Betriebskosten – das ist der entscheidende Punkt – und die Baukosten selbst sind nur mehr ein kleiner Teil.

Zur Aktion, die hier gesetzt wurde, möchte ich sagen, daß es Beispiele gibt, daß wir in anderen Fällen auch schon geholfen haben seitens der Stadt. Ich darf daran erinnern, daß wir bei den Pensionistenwohnungen Lösungen gefunden haben, daß die Eigenmittel nicht mehr von den Mietern zu bezahlen sind. Ich darf daran erinnern, daß wir dort, wo Sanierungen notwendig sind, – ich denke z. B. an die Brucknerstraße, wo erst vor kurzem Renovierungsarbeiten durchgeführt wurden – diese nicht auf die Mieter überwältigt werden, weil dort die finanziellen Möglichkeiten der Mieter nicht mehr so vorhanden sind. Ich darf daran erinnern, daß wir uns alle bemüht haben, beispielsweise im Resthof, Möglichkeiten zu finden, die Garagen zu ermäßigen, damit eben Preise, die für die Mieter tragbar sind, zustande kommen. Ich darf aber auch daran erinnern, daß nicht nur die sozialen Wohnbauten, sondern auch die Siedlungsgebiete – Waldrandsiedlung, Hammergründe, Fellingensiedlung – von der Gemeinde ganz entscheidend unterstützt werden. Es ist also kein Einzelfall, den wir hier setzen. Ich glaube aber schon und das muß ich sagen, denn ich unterstütze die Bestrebungen, daß wir uns künftighin bereits die Pläne genau ansehen. Es kann aber auch unter Umständen sein, da es auch künftighin eine gewisse Zeit dauern wird von der Planerstellung bis zur Verwirklichung, daß sich in dieser Zeit gewisse Dinge wieder verändern, die von uns nicht beeinflussbar sind. In diesem Zusammenhang möchte ich aber doch der Beamtenschaft herzlichst danken, sie hat wirklich intensivst an einer Lösungsmöglichkeit gearbeitet und schließlich auch diese Lösungsmöglichkeit vorgeschlagen. Auch Kollegen Zöchling, der sich sehr aktiv in diese Gespräche eingeschaltet hat, meinen herzlichsten Dank. Ich glaube, daß es damit gelungen ist, dieses Problem zu bewältigen in einer verhältnismäßig kurzen Zeit. Es wäre ein viel größerer Schaden für die Stadt, wenn diese Wohnungen leer stehen würden, der Mietenausfall würde wesentlich mehr betragen auf Sicht gesehen als dieser Zuschuß, den wir hier leisten. Grundsätzlich möchte ich zu Kollegen Holub sagen, wir haben immer gesagt, wenn der Bedarf an Eigentumswohnungen vorhanden ist, sind wir nicht abgeneigt, das zu tun. Wir haben dort ein Beispiel gesetzt. Ich glaube aber, daß der Bedarf nicht so groß ist, wie vielleicht von Eurer Seite angenommen wird. Wir haben diese 9 Wohnungen angebracht, das ist in Ordnung, ich glaube aber nicht, daß der Bedarf wesentlich größer ist. Der Schwerpunkt wird nach wie vor der soziale Wohnbau sein, wobei man solche Aktionen wie diesmal sicher auch künftig im Auge haben könnte.

Der Beschluß, der heute zustande kommen soll, dient dazu, daß man künftighin bei diesen Problemen wirklich eingehende Beratungen durchführt, daß wir aus solchen Dingen lernen. Das ist notwendig und erforderlich, wenn wir nicht großen Schaden erleiden wollen. Dazu bekenne ich mich und wir werden in diesem Zusammenhang natürlich mit den zuständigen Planern die Gespräche intensivieren müssen, damit sie in der Form gestaltet werden, wie wir uns das vorstellen. Ich möchte aber eines sagen, daß die Mieter, die dort einziehen, durchaus mit der Gestaltung der Wohnungen einverstanden sind. Das sagt mir auch wieder, daß eben Geschmack und Vorstellung über die Gestaltung von Wohnungen sehr unterschiedlich sind.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Ich danke Herrn Bürgermeister Schwarz für seinen Beitrag. Bevor ich den Vorsitz zurückgebe, möchte ich bitten, meine Wortmeldung zu registrieren.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich bitte Kollegen Fritsch zu Wort!

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Geschätzte Damen und Herren, nachdem es sich heute fast um eine grundsätzliche Debatte

zum Wohnbau in unserer Stadt handelt, es ist der vorliegende Antrag, der uns dazu veranlaßt, doch ein paar Worte aus meiner und aus der Sicht meiner Fraktion zu sagen.

Vielleicht zuerst gleich eingehend auf die Worte von Herrn Bürgermeister Schwarz, betreffend den Eigentumswohnbau, betreffend des Bedarfes, des Geringbedarfes oder des fast nicht Bedarfes. Wir haben, meine Damen und Herren, mit den im Bereich Ortskai gesetzten Maßnahmen überhaupt von Seiten der GWG das erste Mal Eigentumswohnungen angeboten. Und sie sind meinen Informationen entsprechend relativ rasch, wie es so schön heißt, an den Mann gebracht worden. Ein Beweis dafür, daß eine Notwendigkeit und ein Anreiz, Eigentumswohnungen zu bauen, auch gegeben ist. Ich stehe logischerweise so realistisch dem Ganzen gegenüber, daß ich nicht sage, wir bauen nur Eigentumswohnungen, sondern wir versuchen, ein entsprechendes Maß, das nicht in einem Verhältnis fifty-fifty sein sollte, Eigentums- und Mietwohnungen zu errichten. Hier komme ich auf etwas Primäres zu sprechen, wenn man mit Menschen spricht, die entsprechende Mieten bezahlen, so sagen sie, wenn ich genau denselben Betrag entrichtete für eine Eigentumswohnung, für die Abstattung der dafür aufgenommenen Darlehen, so habe ich letztlich den Effekt, daß die Wohnung mir gehört, daß es mein Eigentum ist. Das Streben nach Eigentum ist eigentlich einer der Urtriebe im Menschen und logischerweise auch das Recht auf Eigentum. Das heißt also, auch die Stadtgemeinde Steyr bzw. die GWG unserer Stadt wird sicherlich gut beraten sein, in entsprechend dosiertem Ausmaß auch die Errichtung von Eigentumswohnungen mit in ihre Überlegungen einzu beziehen.

Und nun noch etwas. Kollege Treml hat, logischerweise durch seine Parteidiktion bestimmt, es sich nicht verkneifen können, wieder ein paar Seitenhiebe auf die profitgierigen Unternehmer bzw. auf die Baufirmen losgelassen. Lieber Kollege Treml, ich weiß genauso wie Du, daß heute unsere Gewerbeunternehmungen, unsere Gewerbebetriebe, so kalkulieren, wie es ihrem wirtschaftlichen Bereich, wie es ihrem wirtschaftlichen Bestehen des Betriebes und logischerweise auch der dort Beschäftigten entspricht. Von Profitgier hier zu reden, glaube ich, halte ich für mehr als verfehlt. Denn eines ist klar, durch jede öffentliche Bautätigkeit, egal ob Wohnungen errichtet werden, Straßen, Brücken und dergleichen, lebt die Bauwirtschaft und leben die dort Beschäftigten. Es wird sich heute kein Unternehmer leisten können, entsprechende Angebote abzugeben, die dieser seiner Profitgier entsprechen, die sind von Haus aus erkennbar und logischerweise auch im Bezug auf die Auftragsvergabe nicht zu berücksichtigen.

Und noch eines. Gerade Du, Kollege Treml bzw. Deine Fraktion, - es ist ja dies eine Personalunion hier herinnen, - betonst immer wieder, daß die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich unbedingt eingeführt werden müßte. Wenn Du normalerweise kalkulierst, Kollege Treml,

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT OTTO TREML:

Das wirst Du noch erleben, das gibt es, noch bevor Du in Pension gehst!

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

vielleicht läßt Du mich ausreden, Kollege Treml, es geht dann genau so weiter, das kann sich jeder Volksschüler ausrechnen, daß bei gleichen Kosten und geringerer Arbeitszeit das Produkt, in dem Fall das Produkt Wohnung, verteuert wird. Hier gehe ich weg von politischen Seitenhieben, die ich unbedingt habe anbringen müssen, und nachdem Du ja auch nicht weiß ich wie großzügig bist, noch eine sachliche Feststellung. Wir müssen eigentlich das Problem Wohnbau von einer anderen Seite her auffassen. Man muß, glaube ich, zuerst erfassen, was ist an vertretbarer, was ist an tragbarer Miete denkbar und möglich. Erst nach einer Durchrechnung der Wohnung im Bezug auf einen vertretbaren Mietpreis wird man darangehen müssen, die Baulichkeit Wohnung oder Wohnhaus zu errichten. Ich möchte nicht sagen, daß das echte Slumwohnungen werden, um Gottes Himmels willen, aber die Ausstattung muß dem Wohnstandard der jetzigen Zeit sicherlich entsprechen, aber nicht darüber hinaus. Das heißt also, man muß nicht unbedingt als Limit die

volle Ausschöpfung der Wohnbaubehilfen heranziehen, sondern ich muß als primäre Betrachtung sehen können, zu welchem erschwinglichen und damit auch zu welchem vertretbaren Mietpreis kann ich die Wohnung so gestalten, wie sie der Mieter in der heutigen Zeit und für die heutigen Ansprüche als gerechtfertigt findet. Wenn wir, und da sind wir nicht alleine in Steyr, sondern das betrifft den gesamten Wohnbau in unserem Land bzw. in unserem Staat davon ausgehen, daß ursprüngliche Mietenkalkulation notwendig ist und darum das Bauwerk errichtet ist, dann wird der soziale Wohnbau aus meiner persönlichen Sicht und Meinung heraus nicht in eine Sackgasse geraten, in der er sich jetzt befindet, sondern er wird aus ihr herausgeführt werden. Logischerweise ist es ein langwieriger Weg, bedarf entsprechender legislatischer Änderungen, die nicht von heute auf morgen durchgeführt werden können. Es ist aber, so glaube ich, der einzig vertretbare und der einzig richtige Weg.

Danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für diesen Beitrag. Dazu darf ich ergänzen, daß die GWG der Stadt Steyr vor Jahren, ich glaube es war 1978, einen Vorschlag unterbreitet hat, – es ging damals um den Wohnbau im Wehrgraben, der zu errichten war – Billigstwohnungen zu errichten, das wurde vorher genau kalkuliert. Die Förderung wurde dann aber abgelehnt, weil diese Art des Wohnbaues damals nicht üblich war. Heute ist man bestrebt, auch auf überregionaler Ebene, diesen Dingen mehr Augenmerk zu schenken, aber damals wurde das abgelehnt. Es wäre unsererseits ein Beispiel gewesen, denn wir haben diese Dinge schon rechtzeitig erkannt. Aber diese Wohnungen haben den Mindestausstattungsverordnung nicht entsprochen, eine Förderung wäre daher nicht möglich gewesen. Auch das möchte ich zur Information sagen, daß wir schon vor Jahren einen diesbezüglichen Versuch unternommen haben. Kollege Lutz hat damals diesen Vorschlag unterbreitet, der aber leider nicht realisierbar war, weil eben die genannten Schwierigkeiten bestanden haben.

Wünscht dazu noch jemand das Wort? Herr Kollege Tremel bitte!

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich bin persönlich angesprochen worden von Herrn Vizebürgermeister Fritsch, der meinte, das sei eine parteiliche Polemik von mir, es ist ja bekannt, daß ich die Profite angreife. Dem widerspreche ich nicht, damit hat er vollkommen recht. Ich werde das auch immer wieder machen und wenn man sagt, die kalkulieren kostenmäßig so, damit die Arbeitsplätze gesichert werden können, dann muß ich etwas dazu sagen. Ich habe eine bestimmte Erfahrung, ich rede nicht von fernen Ländern oder Städten, sondern ich rede von der Stadt Steyr, Kollege Zöchling kann mich ja berichtigen, wenn das nicht stimmt, was ich sage. Es gibt zum Beispiel in Münichholz eine Großwohnsiedlung, wo Reparaturen durchgeführt werden im Ausmaß von über 100 Millionen Schilling. Hier treten Kollege Bachner und ich sehr stark auf und sehen die ganzen Angebote der Baufirmen. Ich möchte jetzt keinen Beamten zitieren, der das auch kennt und das gehört hat. Wir haben dort z. B. gesehen, daß Baufirmen aus Steyr und Umgebung bei ausgeschriebenen Arbeiten eine Differenz haben von 2 Millionen Schilling für die gleiche Arbeit und Ausführung. Der Bestbieter verlangte 3 Millionen, es hat aber auch welche gegeben, die für die gleiche Arbeit 5 Millionen verlangt hätten. Ich könnte hier eine Reihe von Beispielen anführen und habe das auch bei der Gerichtsverhandlung ganz offen gegenüber dem Richter erklärt, man würde hier keine Vorverhandlungen brauchen, man könnte solche Betrugsgeschichten ohne Gerichtsverhandlung sofort ahnden in der Berggasse. Das sage ich hier ganz öffentlich. So sind die Tatsachen und dadurch werden auch dementsprechend die Mieten in die Höhe getrieben. Und schließlich und endlich was die Gemeinnützigkeit betrifft, es gibt ja keinen Profit und es gibt auch keine öffentliche Hand, die Mittel beischießt mit Ausnahme der Stadt Steyr, das müssen wiederum die Mieter, also

der kleine Mann, bezahlen. Dagegen wehre ich mich und daher mache ich öfters in Kurzform solche Äußerungen. Zum Argument der Eigentumbildung dieser Häuser am Ortskai möchte ich sagen, dem Präsidium ist es ja bekannt, – darin befindet sich ja auch die ÖVP – wer diese 9 Familien sind, die diese Häuser gekauft haben. Meiner Auffassung nach und meiner Kenntnis nach ist kein einziger von diesen 9 als Wohnungswerber bei der Stadtgemeinde Steyr aufgetreten. Und nach meinem bisherigen Wissen ist von diesen 20 Wohnungen kein Mieter dieser 19 bereits vergebenen Wohnungen am Ortskai, der bei uns als Wohnungssuchender gemeldet war. Wenn man den Wohnungsbau so durchführt, daß man manche befriedigt und sagt, die Geschmäcker sind verschieden, dem kann ich nicht beitreten.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Kollege Seidl bitte!

GEMEINDERAT ERNST SEIDL:

Geschätzte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Auch ich begrüße, so wie meine Fraktion und auch die Mehrheitsfraktion, den Zuschuß für diese Wohnungen am Ortskai. Ganz kurz zur Problematik der Eigentumswohnungen, ich möchte nicht zu sehr die Sitzung verlängern, aber ich glaube, es ist eine Frage des Angebotes und der Nachfrage. Die Nachfrage ist zweifellos gegeben, das haben wir jetzt gesehen. Die Nachfrage ist sogar so groß, daß – das schmerzt scheinbar unseren Kollegen Tremml – irgend jemand von seinen Leuten eine solche Wohnung nicht bekommen hat. So groß ist scheinbar die Nachfrage. Es ist durchaus nicht nur eine Frage des Geldes, ich höre immer, wer sind diese neun Leute. Ich verstehe zwar nicht, warum man daraus ein solches Geheimnis macht. Ich kann ein Teil dieses Geheimnisses lüften, einer davon ist ein ganz normaler Gerichtsbediensteter, der durchaus nicht zu den Superkapitalisten zählt und auch der war in der Lage, sich das zu leisten.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Ich habe nur gesagt, das waren alles keine Wohnungswerber bei uns.

GEMEINDERAT ERNST SEIDL:

Auch das kann ich beantworten, der war schon lange Wohnungswerber in Steyr, ist aber bis jetzt nicht zum Zuge gekommen und er hat sich jetzt – so es gelingt – eine Eigentumswohnung gekauft. Ich glaube, es ist auch das Malheur nicht so groß, wenn die Eigentumswohnungen von Personen in Anspruch genommen werden, die aus irgendwelchen Gründen etwas mehr Geld zur Verfügung haben. Ich finde das kein Malheur, sie entlasten dadurch sehr wesentlich den Wohnungsmarkt. Das kommt dann wieder einer Bevölkerungsschicht zugute, die nicht in der glücklichen Lage ist, die nicht in der Lage ist, sich eine teure Wohnung zu kaufen. Ich gehe sogar so weit, ich meine, es wäre sogar eine Überlegung wert, und die Finanzlage der Stadt Steyr würde eine solche Überlegung sehr rechtfertigen, daß man bestehende Wohnungen – das Wohnungseigentumsgesetz gibt uns ja die Möglichkeit dazu – bestehende Mietwohnungen in Eigentumswohnungen umwandelt. Auch das wäre eine Möglichkeit und würde die Finanzlage der Stadt sicher nicht weiß ich wie, aber doch etwas verbessern. Die Nachfrage sehe ich deutlich gegeben von Seiten der Styria. Bei der Styria, die als Wohnungsgenossenschaft in Steyr scheinbar dazu verbannt ist, Eigentumswohnungen zu errichten, bestehen bereits Wartelisten. Wenn eine Eigentumswohnung errichtet wird, so ist sie schon weg. Und wenn ich erinnern darf, daß die im nächsten Jahr zu errichtenden Eigentumswohnungen im Gemeindegebiet von St. Ulrich zum Großteil von Steyrer Bürgern in Anspruch genommen werden, so sieht man auch da, daß eine gewisse Abwanderung erfolgt deshalb, weil wir nicht in der Lage sind oder sein wollen, solche Eigentumswohnungen zu bauen. Wir haben ja gute Beispiele – am Tabor gibt es 400 Eigentumswohnungen, wir bekommen jetzt

9 dazu und vielleicht könnten diesen Beispielen noch einige andere Beispiele folgen und zwar in vermehrter Zahl.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für den Beitrag. Wünscht dazu noch jemand zu sprechen? Der Wohnungsfereferent möchte auch dazu sprechen, bitte!

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!
Ich darf mich auch zu diesem Problem zu Wort melden, weil ich glaube, doch am besten konfrontiert zu sein mit dem Wohnungsproblem. Ich darf Sie erinnern, vor Jahren wurde begonnen mit dem Wohnbau, mit dem Wiederaufbau der sogenannten Volkswohnungen. Diese Wohnungen hatten 3 Räume und ca. 50 – 52 m². Es wurde dann in Österreich entschieden – ich kann mich in diesem Zusammenhang noch an die Worte des Landeshauptmannes erinnern, daß keine Volkswohnungen mehr begehrt sind – nur Komfortwohnungen zu bauen. Wir haben jetzt diese Komfortwohnungen gebaut, z. B. Resthof usw. Die Planung von Wohnungen dauert 6 – 7 Jahre, zuerst wird der Plan eingereicht und nach 6 – 7 Jahren werden sie erst bewilligt. Auch diese Komfortwohnungen wurden bewilligt und heute sieht es so aus, daß sie nicht mehr anzubringen sind. Die Zeiten haben sich inzwischen geändert und wir müssen ebenfalls trachten, den Wohnungsbau zu ändern. Wir haben das in Steyr versucht, aber der Wohnungsausschuß und der Stadtsenat haben entschieden, daß wiederum keine Volkswohnungen gebaut werden sollen. Aber ich glaube, bei einer Quadratmeterzahl von 70 – 72 m² ist das Limit, damit diese Wohnungen von jüngeren Familien noch bezahlt werden können.

Zur Haratzmüllerstraße darf ich sagen, das wurde von uns sehr lange diskutiert mit dem Wohnungsausschuß. Dieses Bauvorhaben wurde auch in einer Zeit geplant, wo die Meinung vorgeherrscht hat, man könnte diesen Bau in Eigentumswohnungen umformen bzw. diese sofort als Eigentumswohnungen bauen. Es bestand aber auch hier keine Nachfrage dafür. Wenn ich überhaupt Eigentumswohnungen anschneide, dann muß ich sagen, daß die "Neue Heimat" nur sehr schwer ihre Wohnungen angebracht hat am Tabor, hinter dem Taborkaufhaus weiß ich, daß diese Wohnungen, die dort gebaut und in der nächsten Zeit fertig werden, auch teilweise als Eigentum verwendet werden und auch dafür keine Nachfrage besteht. Ich weiß das deshalb, weil auch dort die Möglichkeit hätten, unsere Wohnungswerber einzuweisen.

Ich darf Sie daher alle bitten, mit uns zu arbeiten, damit wirklich Wohnungen in Steyr geschaffen werden, die sich junge Menschen leisten können.

Noch etwas muß ich dazusagen. Ein großer Fehler sind auch das Generalunternehmen und die Wohnbauförderung. Sie haben doch immer gehört bei den Berichten, die über jene ist noch in der Wohnbauförderung drinnen. Das ist schon drinnen, aber es muß auch gesagt werden, daß der Mieter das bezahlen muß. Beispiel: Im Wehrgraben weil noch übriges Geld da war in der Wohnbauförderung, am Gang eine Heizung installiert. Nicht nur, daß die Heizungskosten ja auch den Mietern angerechnet werden, sondern darüber hinaus werden auch die Gestehungskosten dieser Heizung dem Mieter angelastet. Solche Sachen dürfen einfach nicht mehr vorkommen. Es kann ruhig sein, daß wir heute einen Bau übergeben, der unter der Wohnbauförderung liegt. Alle Außenanlagen müssen nicht unbedingt jeden Komfort aufweisen. Gemeinsam wollen wir versuchen, daß wir als Gemeinde, als GWG, den Wohnungsbau in Steyr in den nächsten Jahren vorantreiben können.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Zöchling. Wünscht noch jemand dazu das Wort? Das ist nicht der Fall, ich bitte daher den Referenten um sein Schlußwort.

VI ZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Werte Kolleginnen und Kollegen, vielleicht ein paar Worte zu den Eigentumswohnungen zum Bau von Eigentumswohnungen. Ich glaube, Aufgabe der Gemeinde ist es vor allem

der breiten Bevölkerungsschicht, den kleineren und mittleren Einkommen, zu helfen, ihr Wohnungsproblem zu lösen und das Schwergewicht der Gemeinde liegt natürlicherweise beim Bau von Mietwohnungen. Das sagt aber nicht, daß wir absolut gegen Eigentumswohnungen sind, wir haben im konkreten Fall am linken Brückenkopf Eigentumswohnungen geschaffen und wissen, daß in den letzten Jahren laufend von anderen Wohnbaugesellschaften Eigentumswohnungen errichtet wurden, sei es von der Styria oder oben am Tabor die WSG – dort ist glaube ich die Hälfte dieses Wohnblocks Mietwohnungen und die andere Hälfte sind Eigentumswohnungen. Wir fördern auch den Bau von Eigenheimen, das ist ja auch Aufgabe der Gemeinde, aber das Schwergewicht wird nach wie vor bei den Mietwohnungen liegen.

Meiner persönlichen Meinung nach liegt die Problematik des sozialen Wohnbaues bei der Wohnbauförderung 1968 mit der Einführung der sogenannten Subjektförderung. Derzeit ist es doch so, zumindestens bei uns in Oberösterreich, daß 42 % des Geldes, das für den Wohnbau vorgesehen ist, um billige und möglichst viele Wohnungen zu bauen, für Wohnbeihilfen aufgeht, dieser Prozentsatz steigt von Jahr zu Jahr an. Es bleibt also immer weniger Geld für den Bau von Wohnungen übrig. Da gebe ich Kollegen Tremml recht, die Wohnbauförderung ist tatsächlich in einer Sackgasse und gehört dringend geändert. Soweit mir bekannt ist, ist auf Bundesebene derzeit mit einer Änderung der Wohnbauförderung zu rechnen und wir hoffen, daß diese Änderung, die auf gesetzlicher Basis gemacht wird, auch wirklich aus dieser Sackgasse führt.

Abschließend konkret zum Antrag selbst, ich bin der Ansicht, und ich glaube, aus den Wortmeldungen entnehmen zu können, daß Sie mir beipflichten, daß es unter den gegebenen Voraussetzungen die bestmögliche Lösung darstellt. Ich bitte Sie daher, dem Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte Sie um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie für den Antrag sind? Danke. Ist jemand gegen den Antrag? Enthält sich jemand der Stimme? Es liegt ein einstimmiger Beschluß vor.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Der nächste Antrag ist weniger problematisch, und zwar geht es hier um die Jahressubvention 1984 für die Bezirksstelle Steyr-Stadt des Roten Kreuzes.

Der Antrag lautet:

6) Ha-2646/83

Rotes Kreuz, Bezirksstelle Steyr-Stadt;
Jahressubvention 1984.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 8. 3. 1984 wird dem Österr. Roten Kreuz, Bezirksstelle Steyr-Stadt, für das Jahr 1984 unter Zugrundelegung einer Kopfquote von S 10,- pro Einwohner und einer Einwohnerzahl von rund 39.000 Schilling eine Subvention in Höhe von

S 390.000,-- (Schilling dreihundertneunzigtausend)

gewährt und bei VSt 1/530000/757000 freigegeben.

Im Hinblick auf die Gemeinnützigkeit des Verwendungszweckes wird von der Anwendung der vom Gemeinderat der Stadt Steyr verfügbten 20 %igen Kreditsperre Abstand genommen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht dazu jemand eine Wortmeldung? Keine. Gegenstimmen oder Enthaltungen? Beides nicht feststellbar, der Antrag ist einstimmig angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Der Fremdenverkehrsverband Steyr hat um die Jahressubvention und den Personalkostenersatz für 1984 angesucht. Der Antrag lautet:

7) Ha-716/84

Fremdenverkehrsverband Steyr; Jahressubvention und Personalkostenersatz 1984.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 19. März 1984 wird dem Fremdenverkehrsverband Steyr über Ansuchen für das Jahr 1984 eine Subvention in Höhe von

S 550.000,-- (Schilling fünfhundertfünfzigtausend)

gewährt. Dazu wird bei VSt 1/771000/757000 ein Betrag von

S 459.800,- (Schilling vierhundertneunundfünfzigtausendachthundert)

freigegeben und bei der gleichen VSt eine Kreditüberschreitung von

S 90.200,-- (Schilling neunzigtausendzweihundert)

bewilligt. Die Deckung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen. Die vom Gemeinderat beschlossene 20 %ige Kreditsperre gelangt in diesem Fall nicht zur Anwendung.

Gleichzeitig hat der Fremdenverkehrsverband die halben Personalkosten für die vom Magistrat zur Verfügung gestellte VB Marieluise Göls, welche sich voraussichtlich auf S 330.000,- belaufen werden, der Stadt Steyr zu refundieren.

Fazu ist ein Betrag von

S 165.000,-- (Schilling einhundertfünfundsiebzehntausend)

bei VSt 2/0100000/827000 zu vereinnahmen, so daß nunmehr lediglich ein Betrag von S 385.000,-- an den FVV zur Auszahlung gelangt. Die Endabrechnung erfolgt nach Vorliegen des Jahresendbezuges.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Herr Kollege Fritsch bitte!

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Geschätzte Damen und Herren, meine Wortmeldung basiert auf meiner Eigenschaft als Fremdenverkehrsreferent in unserer Stadt. Ich muß zuerst einmal Dankeschön sagen dafür, daß der Gemeinderat sich für diese Regelung durch eine entsprechende Aufstockung der Mittel entschieden hat. Noch dazu, wo man überlegt, daß gerade der Fremdenverkehr in unserem Bereich sicherlich ein gewisses stiefmütterliches Dasein beinhaltet, stiefmütterlich gesehen auf zweierlei Basis. Erstens auf der relativ geringen Mittelmöglichkeit finanzieller Art, zweitens aber auch an der dort und da nicht unbedingt zum Ausdruck gebrachten gesteigerten Fremdenverkehrsgesinnung. Jene Mittel, die hier mehr im Fremdenverkehrsverband einfließen werden durch den heute zu tätigen Beschluß sicherlich zur Gänze der Werbung zufließen. Ich kann, will und darf heute hier noch nicht über das Budget des Fremdenverkehrsverbandes sprechen, das muß erst beschlossen werden. Aber eines ist sicher, daß jene Mittel ausschließlich einer gezielten Werbung zugute kommen werden. Wenn heute und zu verschiedenen Zeiten Aussagen getroffen werden, Konzepte vorgelegt werden, auch in der letzten Gemeinderatsitzung, der ich krankheitshalber nicht beiwohnen konnte, war ein entsprechender Beitrag in der Aktuellen Stunde zu verzeichnen, so hat das aber für mich eine Quintessenz, daß man versucht, in unserer Stadt ein höheres Maß an Fremdenverkehrsgesinnung zu wecken. Dazu ist mir jedes, ich betone ausdrücklich realisierbare Mittel und jeder realisierbare Vorschlag recht. Es ist natürlich nicht so, daß man mit diesem relativ geringen Werbeetat des Fremdenverkehrsverbandes entsprechende Propaganda betreiben kann. Man kann allerdings Propaganda dadurch betreiben, daß man Leute befragt dahingehend, ob die Gemeinde in größerem Umfang als bisher Maßnahmen zur Belebung des Fremdenverkehrs treffen sollte und ein beinahe ostblockmäßiges Ergebnis

ist dann zu verzeichnen gewesen. Das ist eine Frage, die ungefähr auf der gleichen Funktion und Basis beruht, die da lautet, willst Du haben, daß Du mehr Geld kriegst. Die Antwort kann ich mir von vornherein ausrechnen. Schauen Sie, es ist einmal ein kleiner Schritt gesetzt worden, Steyr zu einer Fremdenverkehrsstadt zu machen durch einen Christkindlmarkt. Das war ein Versuch, aber dieser Versuch hat sich dementsprechend mit Schwierigkeiten zugegebenermaßen bewährt, wir werden ihn ausweiten. Man kann aber nicht ein komplettes Konzept entwickeln und es vorbehaltlos zur Kenntnis nehmen dann, wenn man weiß, daß sowohl legistische Schwierigkeiten aber auch finanzielle Unabdingbarkeiten dem entgegen stehen. Jeder Vorschlag ist nur dann gut, wenn ich weiß, wie ich ihn realisieren, und zwar finanzmäßig realisieren kann. Die Absicht jener Gremien innerhalb des Fremdenverkehrsverbandes – er ist ja autark und aus dem Mutterschoß der Gemeinde herausgelöst – geht doch dahin, Steyr in jene Bereiche einzugliedern, die man gemeinhin in der Tourismusbranche Städtetourismus nennt. Das heißt, das einzige, das wir machen müssen, ist, das Image der Stadt Steyr als Stadt mit mehr als tausendjähriger Geschichte, das Image der Stadt in der gekonnten Symbiose zwischen Betrieb, zwischen Industrie, aber auch siedlungs- und lebensbereiten Stadt zu forcieren. Dazu muß uns jedes Mittel recht sein, aber ich glaube, das genügt uns nicht, wenn wir nur alleine in der Propagandatrommel rühren, es genügt uns nicht, wenn wir nur durch Papierfluß, durch Werbematerial, durch Prospekte usw. die Menschen in unsere Stadt bringen wollen. Ich glaube, es gehört auch etwas anderes dazu. Man muß sich um Gäste kümmern, die in erreichbaren Entfernungen von Steyr sich befinden. Es hat wenig Sinn, innerhalb Europas oder auf der ganzen Welt Partnerstädte zu finden und zu suchen, weil das nur ein ganz geringer kleiner Teil sein wird, der uns besuchen kann. Die Belebung des Fremdenverkehrs kann sich ausschließlich meiner Meinung nach daran orientieren, daß wir den Gast in Österreich umwerben, daß wir uns um den Gast aus dem benachbarten Ausland – ich zielen da insbesondere auf die Bundesrepublik und den bayrischen Raum hin – bemühen werden. Nur hier ist die Möglichkeit gegeben, entsprechende Auflagezahlen der Besucherzahlen zu erreichen. Hier ist die Möglichkeit gegeben, auch die Nächtigungsziffern zu erhöhen, die nebenbei bemerkt auf der Vergleichsbasis vor dem Jubiläumsjahr sich bewegen. Hier ist aber die Möglichkeit gegeben, Kontakte von Mensch zu Mensch zu verbessern. Hier nur ein ganz kleiner Hinweis, ich glaube, es ist dies auch Aufgabe des internationalen Komitees für Städtefreundschaften, sich nicht nur für den amerikanischen Bereich stark zu machen, sondern auch innerhalb Europas, innerhalb des erreichbaren Europas sich Partner zu suchen. Daß ein Weg dieser Art, den Fremdenverkehr zu forcieren, lang ist, das wissen wir alle miteinander. Daß allerdings auch eine entsprechende Einstellung der Gremien, auch eine Einstellung der Bevölkerung, logischerweise auch aus dem Gastronomiebereich, dazu gehört, erwähne ich am Rande als eine Selbstverständlichkeit. Ich betone aber ausdrücklich, daß kein Fremdenverkehrsverband, egal ob Linz, ob Wels oder einer anderen Gemeinde, von sich aus und autark wird seine finanziellen Bedeckungen finden können. Daher wird immer wieder die öffentliche Hand, in dem Fall eben die Gemeinde, die letztlich auch mit davon partipiziert – ich drücke mich da sehr hart aus – zur Kasse gebeten wird. Es wird also immer eine Subventionierung der örtlichen Verbände durch die Kommune erfolgen. Heute ist durch den vorliegenden Antrag dazu ein Schritt gesetzt. Ich weiß, daß es nicht leicht war, ihn durchzubringen und bedanke mich für die Bereitwilligkeit. Allerdings geht kein Dank ohne Verbindung mit einer Bitte vor sich, das auch im weiteren Jahr im gesteigerten Ausmaß tun zu wollen. Danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für den Beitrag. Wünscht zu diesem Antrag noch jemand zu sprechen? Herr Kollege Humer bitte.

GEMEINDERAT RUPERT HUMER:

Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Gestatten Sie mir, daß ich seitens meiner Fraktion einige Anmerkungen zu diesem Tagesordnungspunkt mache. Wir sind natürlich für diese Subventionierung des Fremdenverkehrsverbandes, möchten aber bemerken, daß hier 550.000 Schilling, also eine gute halbe Million, aufgewendet wird für die Wirtschaftstreibenden, für die Hotelbetriebe, daß im weitesten Sinne für den Magistrat dann wieder das Geld hereinkommt. Was vor allem in Steyr fehlt, wäre, diese Stadt auch als Messestadt bekannt zu machen. Wir haben das heuer gesehen bei der Regierungsklausur, während dieser Zeit waren sämtliche Gaststätten und Hotelbetriebe ausgelastet. Im Stadtsaal wäre es auch möglich Vereine anzusprechen, die hierher Wochenendausflüge machen könnten, außerdem könnten hier Bundes- oder Landestagungen abgehalten werden. Die Freiheitliche Partei wollte heuer ihren Bundestag hier in Steyr abführen, konnte das aber nicht,

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Weil der Steger im Ausland war!

GEMEINDERAT RUPERT HUMER:

Nein, sie konnte das deshalb nicht, weil unser Stadtsaal dafür zu klein ist, es können dort nicht 350 Tisch-Sitzplätze untergebracht werden. Leider ist eben dieser Saal für größere Tagungen zu klein. Da wir uns anlässlich einer Aktuellen Stunde für den Fremdenverkehr ausgesprochen haben, möchte ich aber doch bemerken, daß der Einsatz der hier vorgesehenen Mittel, laut Vorwurf der Hotelbetriebe, für eine verbesserte Zusammenarbeit mit der Wirtschaft mit den Fremdenverkehrsbetrieben genutzt werden soll. Außerdem wäre eine bessere Ausnützung der bereitgestellten Mittel erwünscht. Das heißt z. B. bei der Errichtung von Messeständen eine bessere Zusammenarbeit, eine Kostenteilung für diesen Aufwand. Was wir vor allem hier bewirken möchten, wäre, daß für die eingesetzten Mittel eine bessere Erfolgskontrolle stattfinden sollte, außerdem sollte durch den Vorsitzenden des Fremdenverkehrsverbandes hier ein Erfolgsbericht für das Jahr gebracht werden. Wir stimmen selbstverständlich diesem Antrag zu.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für diesen Beitrag. Der entsprechende Bericht über die finanzielle Gebarung wird in der Vollversammlung des Fremdenverkehrsverbandes vorliegen und dort kann darüber diskutiert werden.

Wünscht zu diesem Punkt noch jemand zu sprechen? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Der Berichterstatter verzichtet auf ein Schlußwort, wir kommen daher zur Abstimmung.

Wer dem Antrag die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke Gegenprobe? Enthaltungen? Beides nicht der Fall, der Antrag ist einstimmig angenommen. Ich bitte um den nächsten Punkt.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Die nächsten drei Anträge befassen sich mit den Reinhaltungsverband.

Der erste Antrag lautet:

8) Wa-5450/75

Reinhalteverband Steyr und Umgebung; Abwasserbeseitigungsanlage Steyr, Bauabschnitt 01; Refundierung von Kosten für Ausschreibungen, Bauleitungen, Bauabrechnungen usw.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III - RHV Steyr und Umgebung vom 30. 1. 1984 wird der Refundierung eines Betrages von S 1.047.247,78 excl. USt, für Bauleitungen, Ausschreibungen, Bauabrechnungen usw., welche vom Magistrat der Stadt Steyr durchgeführt wurden, vom RHV Steyr und Umgebung an die Stadt Steyr zugestimmt.

Zum genannten Zweck wird ein Betrag von

S 1.047.000,-- (eine Million siebenundvierzigtausend)

bei VSt 9/-----/279600 als Vorfinanzierung für den RHV Steyr und Umgebung freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte Sie, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Fragen oder Wortmeldungen? Keine. Gibt es gegenteilige Meinungen? Enthaltungen? Beides nicht, der Antrag ist angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Der nächste Antrag betrifft ebenfalls den Reinhaltungsverband, und zwar die Übernahme der Haftung durch die Stadt Steyr für ein dem Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung vom Land Oberösterreich, Baureferat, gewährtes Investitionsdarlehen. Der Antrag lautet:

9) Ha-2388/76

Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung; Abwasserbeseitigungsanlage Steyr, Bauabschnitt 03; Förderung durch das Land Oberösterreich - Baureferat; Haftungsübernahme.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III - RHV Steyr und Umgebung vom 15. 2. 1984 wird der Übernahme der Haftung durch die Stadt Steyr für ein dem RHV Steyr und Umgebung vom Land Oberösterreich - Baureferat - gewährtes Investitionsdarlehen in Höhe von S 1,800.000,- für den Bauabschnitt 03 der Abwasserbeseitigungsanlage zugestimmt. Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich darf um Annahme ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht jemand zu diesem Antrag zu sprechen? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen? Beides nicht, der Antrag ist so beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Der letzte Antrag ist ein sehr bedeutender, er beschäftigt sich mit der Projektierung der Schlammmentwässerungspressen. Der diesbezügliche Antrag lautet:

10) Bau6-1782/76

Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung; Zentrale Kläranlage in Hausleiten; Projektierung der Schlammmentwässerungspressen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III - RHV Steyr und Umgebung vom 28. 2. 1984 wird der Übertragung des Auftrages zur Durchführung der Planungsarbeiten, Erstellung der Statik und Durchführung der Bauleitung im Zusammenhang mit der Errichtung der Schlammmentwässerungspressen im Bereich der Zentralen Kläranlage in Hausleiten an das Büro Dipl. Ing. Dr. techn. H. Flögl zum Preise von S 2,193.840,- zugestimmt. Zum genannten Zweck wird der Betrag von

S 2,194.000,-- (Schilling zwei Millionen einhundertvierundneunzigtausend) bei VSt 9/-----/279600 als Vorfinanzierung für den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat gemäß § 44 Abs. 5 StS zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Auch hier bitte ich um Genehmigung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht jemand zu diesem Antrag das Wort? Das ist nicht der Fall. Ich darf Sie um ein Zeichen mit der Hand wünschen, wenn Sie diesem Antrag zustimmen? Danke. Gibt es Gegenstimmen oder Enthaltungen? Auch dieser Antrag ist einstimmig beschlossen. Ich danke Kollegen Wippersberger für die Berichterstattung. Nächster ist Stadtrat Feuerhuber, bitte!

BERICHTERSTATTER STADTRAT KARL FEUERHUBER:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe Ihnen 4 Anträge zum Vortrag zu bringen und bitte bereits im Vorhinein um Ihre Zustimmung.

Der erste Antrag lautet:

11) Bau4-7380/83

Brücken am Wehrgraben; Bodenerkundungsarbeiten und
Projektierung für die Direktionsbrücke.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 1. 3. 1984 wird der Auftrag zur Durchführung von Bodenerkundungsarbeiten für die Sanierung der Direktionsbrücke, der Inneren Reiterbrücke, der Gaswerkbrücke und des Gsangsteges an die Firma Neue Gründungstechnik, Radstadt, zum Preis von S 308.484,- übertragen.

Gleichzeitig wird der Auftrag zur Projektierung der Direktionsbrücke an Dipl. Ing. Schimetta, Linz, zum Preis von S 142.000,- übertragen. Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 451.000,-- (Schilling vierhunderteinundfünfzigtausend)

werden bei VSt 5/612000/002270 freigegeben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht jemand dazu zu sprechen? Wenn Sie dafür sind, bitte ich Sie um ein Zeichen mit der Hand? Danke, ich sehe jetzt schon die Einstimmigkeit.

STADTRAT KARL FEUERHUBER:

Der nächste Antrag betrifft:

12) Bau3-1545/77

Bau6-1741/83

Fußgängerunterführung Blümelhubervilla; Mittelfreigabe 1984; Abwicklung der
Schlußabrechnung für Baumeister- und Kanalbauarbeiten.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Beschluß des Gemeinderates vom 16. 9. 1982 wurde der Auftrag zur Durchführung der erforderlichen Baumeister- und Kanalbauarbeiten für die Errichtung der Fußgängerunterführung Blümelhubervilla an die Firma Beer & Janoschofsky, Steyr, zum Preis von S 2.531.092,- übertragen. Mit Beschlüssen des Stadtsenates vom 7. 10. 1982, 14. 6. 1983, 14. 7. 1983 und 1. 12. 1983 sowie des Gemeinderates vom 24. 11. 1983 wurden insgesamt 5 Nachtragsaufträge zu diesem Hauptauftrag vergeben.

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 23. 2. 1984 wird nunmehr einer Erweiterung dieses Auftrages um S 185.916,48 inkl. USt für Baumeisterarbeiten und um einen Betrag von S 46.770,37 exkl. USt für Kanalbauarbeiten nachträglich zugestimmt. Zur Abwicklung der Schlußrechnungen wird ein Betrag von S 214.567,80 inkl. USt für Baumeisterarbeiten und ein Betrag von S 168.287,04 exkl. USt für Kanalbauarbeiten freigegeben.

Zum genannten Zweck wird eine Kreditübertragung im Ausmaß von

S 214.600,-- (Schilling zweihundertvierzehntausendsechshundert)
auf die VSt 5/612000/002100 und ein Betrag von

S 186.300,-- (Schilling einhundertsechszehntausenddreihundert)
auf die VSt 5/811000/050360 bewilligt. Die Deckung dieser Kreditübertragung hat durch
Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes
für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich frage, ob dazu jemand zu sprechen wünscht? Auch das ist nicht der Fall. Gibt es
gegenteilige Meinungen oder Enthaltungen? Nicht der Fall, auch hier liegt Einstimmig-
keit vor.

STADTRAT KARL FEUERHUBER:

Der nächste Antrag betrifft die Sanierung der Wokralstraße und lautet:

13) Bau3-5060/83

Sanierung der Josef Wokral-Straße.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 19. 3. 1984 wird der Auftrag zur Durchfüh-
rung der Straßenbauarbeiten und der Baumeisterarbeiten für die Straßenbeleuchtung im
Zusammenhang mit der Sanierung der Josef Wokralstraße an die Firma Hinteregger &
Söhne, Linz, zum Preis von S 2,513.839,62 inkl. MWSt. übertragen.

Unter einem wird der Auftrag zur Durchführung der erforderlichen Elektroinstallationen
an die Firma Elektro-Bau AG, Steyr, zum Preise von S 134.652,- übertragen.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 2,648.500,- (Schilling zwei Millionen sechshundertachtundvierzigtausend-
fünfhundert)

werden bei VSt 5/612000/002330 freigegeben.

Ich bitte auch hier um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht jemand dazu zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Ich bitte um ein Zeichen mit
der Hand, wenn Sie dem zustimmen? Danke. Ist jemand dagegen oder enthält sich jemand
der Stimme? Beides nicht der Fall, auch hier liegt Einstimmigkeit vor.

STADTRAT KARL FEUERHUBER:

Mein letzter Antrag behandelt die Brennstoffaktion 1984 und lautet:

14) SH-1124/84

Einkommensschwache Personengruppen; Brennstoffaktion 1984.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Zur Durchführung der Brennstoffaktion 1984 wird der Betrag von
S 720.000,-- (Schilling siebenhundertzwanzigtausend)

bei der VSt 1/429100/403000 freigegeben.

Die Brennstoffaktion ist nach Maßgabe des Amtsberichtes der MA V vom 9. 3. 1984
durchzuführen. Dem gemeinderätlichen Wohlfahrtsreferenten wird die Ermächtigung er-
teilt, wie in den Vorjahren in besonders berücksichtigungswürdigen Fällen bei gering-
fügigen Richtsatzüberschreitungen Sondergenehmigungen zu erteilen.

Ich darf in Erinnerung rufen, daß der fürsorgerätliche Gemeinderatsausschuß beschlos-
sen hat, diese Aktion wieder durchzuführen und gleichzeitig auf die Kreditsperre von 20 %
zu verzichten. Im Hinblick darauf, daß die ärmeren Mitbürger unserer Stadt auch heuer
einen Heizkostenzuschuß von S 1000,- bekommen sollen, wurde das im fürsorgerätlichen
Gemeinderatsausschuß beschlossen und ich bitte auch hier um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Auch dieser Antrag steht zur Debatte. Ich sehe keine Wortmeldung. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie diesem Antrag zustimmen? Danke. Gegenteilige Meinungen oder Enthaltungen? Nicht der Fall, der Antrag ist einstimmig angenommen. Ich danke für die Berichterstattung. Nächster Berichterstatter ist Kollege Steinmaßl.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Geschätztes Präsidium, verehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich darf Ihnen heute vier Anträge zur Beschlußfassung vortragen. Der erste Antrag behandelt:

15) ÖAG-684/84

Stadtwerke

Stadtwerke Steyr - Brunnenschutzgebiet; Refundierung
von Ausgaben für das Jahr 1983.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Betriebsleitung der Stadtwerke vom 12. Jänner 1984 sowie des hiezu ergangenen Berichtes des Kontrollamtes vom 26. 1. 1984 wird zur Refundierung von Ausgaben für das Brunnenschutzgebiet an die Stadtwerke Steyr ein Betrag von S 598.129,70 überwiesen.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 598.100,-- (fünfhundertachtundneunzigtausendeinhundert)

werden bei VSt 1/879000/728000 freigegeben.

Ich möchte dazu noch bemerken, daß diese Ausgaben für die Reinhaltung des Trinkwassers unbedingt notwendig sind.

Ich darf um Annahme ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht dazu jemand zu sprechen? Herr Kollege Holub bitte!

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Natürlich steht es außerhalb jeder Diskussion, daß man dieser Mittelzurverfügungstellung die Zustimmung geben muß. In Zusammenhang mit diesem Antrag steht allerdings das Sorgenkind unserer Stadt, über das man wieder einmal sprechen sollte - nämlich die Mülldeponie. Sehr große Mittel müssen wir hier einsetzen, weit über eine halbe Million Schilling, um die Qualität unseres Trinkwassers zu überprüfen. Durch die Mülldeponie selbst ist aber die Qualität des Trinkwassers, das wissen wir alle, nach wie vor gefährdet. Die Frage, die ich jetzt stellen möchte, ist, wie weit sind die Vorbereitungen zur Plombierung der Mülldeponie, daß diese so weit saniert werden muß, daß sie zumindest nicht weggeschaufelt werden muß. Das steht ja außerhalb jeder Diskussion. Es ist nur seit den ersten Feststellungen eine erkleckliche Zeit vergangen. Ich weiß, daß verschiedene Verfahren laufen, ich weiß, daß verschiedene Untersuchungen stattfinden, ich weiß, daß man nochmals Aufschließungsbohrungen machen muß, um endgültig Wasserrechtsbescheide erwirken zu können. Nur würde mich sehr lebhaft interessieren, wie weit steht der Stand der Dinge. Ich möchte mit dieser Wortmeldung durchaus nicht zum Ausdruck bringen, daß ich akut der Auffassung bin, daß die Verwaltung hier säumig wäre, nur meine ich, hat der Bürger ein sehr fundamentiertes Recht zu erfahren, wie weit stehen die Dinge und zweitens, wie weit ist die Aussicht, daß die Deponie weiterhin betrieben werden kann. Ist hier Anlaß zu Optimismus oder zu Pessimismus, denn, wenn Pessimismus angebracht wäre, dann denke ich, sollte man sehr rasch an neuere Lösungen denken und an weitergehende Lösungen denken, wie die zur Zeit stattfindende Verfrachtung des Mülls in die Gegend St. Valentin. Ich glaube, daß wir die Thematik Mülldeponie und Sanierung der Mülldeponie durchaus niemals außer Augen verlieren dür-

fen, dazu ist das Trinkwasser viel zu kostbar, wenn schon die laufende Untersuchung so viel Geld kostet.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke Kollegen Holub für seine Wortmeldung. Ich darf dazu sagen, die Verwaltung hier im Hause ist sicher nicht säumig. Wenn Säumigkeit vorliegen sollte, so liegt sie auf Landesebene, da hat man wirklich den Eindruck gehabt, daß es etwas schneller gehen könnte. Unser Herr Magistratsdirektor kann sicherlich über diese Dinge Aufklärung geben, bitte!

MAGISTRATSDIREKTOR OSR DR. FRANZ KANPP:

Ich würde sagen, daß auch die Landesregierung nicht säumig ist. Wir kennen das aus Kirchdorf, auch dort gibt es die gleichen Schwierigkeiten. Es gibt zwei Fragen: erstens, ist Universitätsprofessor Ingerle beauftragt, die ergänzenden Unterlagen zusammenzubasteln. Angeblich wird es im Juli so weit sein, daß diese Angelegenheit einreichungsfähig ist. Das heißt, sie kann dann der Wasserrechtsbehörde übergeben werden zur Prüfung und zur Genehmigung. Es hat sich etwas dadurch hinausgezogen, daß x Sachverständige eingeschaltet sind und unser Bauamt hat immer wieder Verhandlungen geführt, die verschiedenen Sachverständigen haben verschiedenste Erklärungen abgegeben. Es obliegt letzten Endes dem Konsenswerber, ein einreichfähiges Projekt vorzulegen und die Sachverständigen wollen sich dann die Prüfung vorbehalten. Auf das ist es letztlich hinausgekommen. Uns wäre der andere Weg lieber gewesen, denn wenn man das macht, was der Sachverständige vorschlägt, kann man damit auch rechnen, daß es letztlich genehmigt wird. Den Sachverständigen ist es aber begreiflicherweise doch lieber, etwas vorgelegt zu bekommen, um es dann einer Kritik unterziehen zu können. Das ist der Ablauf der Dinge, die wirklich sehr kompliziert sind.

Die zweite Sache, Herr Gemeinderat, wir sind selbstverständlich optimistisch, es laufen auch die Vorbereitungen in diese Richtung, weil man ja weiß, daß, wenn wir nicht optimistisch wären, wir dort endgültig abmeiern müßten. Dann wären sowieso andere Maßnahmen notwendig und da sagen wir uns, laienhaft ausgedrückt, da bezahlen wir lieber etwas mehr und bleiben gleich dort.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke Herrn Magistratsdirektor für seinen Bericht. Wünscht noch jemand dazu zu sprechen? Das ist nicht der Fall, wir kommen daher zur Abstimmung. Ist jemand gegenteiliger Meinung? Gibt es eine Stimmenthaltung? Beides nicht, ich darf daher den vorliegenden Antrag als einstimmig angenommen betrachten. Ich bitte den Berichterstatter um den nächsten Punkt.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Der nächste Antrag behandelt die Neuverlegung einer Trinkwasserversorgungsleitung im Zuge des Ausbaues der Wolfener Landesstraße bis zur Stadtgrenze. Diese Neuverlegung ist deswegen notwendig, da die Druckverhältnisse in diesem Teilgebiet vom Hochbehälter Stein her nicht mehr ausreichen und außerdem ein Teil der bestehenden Versorgungsleitung auf Privatgrund liegt.

Der Antrag des Stadtsenates lautet:

16) ÖAG-1930/84

Stadtwerke

Ausbau der Wolfener Landesstraße bis zur Stadtgrenze;

Neuverlegung einer Trinkwasserversorgungsleitung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Betriebsleitung der Stadtwerke vom 15. 3. 1984 werden im Zusammenhang mit der Neuverlegung einer Trinkwasserversorgungsleitung entlang der Wolfener Landesstraße bis zur Stadtgrenze folgende Aufträge vergeben:

1. Tiefbauarbeiten:

an die Fa. Negrelli Bau-GesmbH, Steyr, zum Preis von S 209.858,- (excl. 20 % USt).

2. Lieferung der Polodur-Rohre und Armaturen:

an die Fa. ÖAG-Konti, Wels, zum Preis von S 120.933,- (excl. 20 % USt).

3. Rohrverlegung:

an das städt. Wasserwerk zum Preis von ca. S 82.000,- (excl. 20 % USt).

Die erforderlichen Rohre und Formstücke zum Preis von S 354.575,- sind aus dem bestehenden Rohrlager zu entnehmen.

Die hierfür erforderlichen Mittel sind von den Stadtwerken aufzubringen.

Ich bitte um Genehmigung.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sie haben den Antrag gehört und ich frage, ob dazu jemand zu sprechen wünscht ist nicht der Fall. Gibt es eine gegenteilige Meinung oder eine Enthaltung? Beide der Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Der nächste Antrag betrifft:

17) ÖAG-1049/84

Stadtwerke

Stadtwerke Steyr - Gas- und Wasserwerk; Ankauf von Sphärogußrohren und
stücken zur Deckung des Jahresbedarfes 1984.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Stadtwerke vom 9. Februar 1984 wird der Auftrag zur Lieferung von Sphärogußrohren und Formstücken für das Wasserwerk und Gaswerk zur Deckung des Jahresbedarfes 1984 der Fa. VOEST-Alpine Rohstoffhandels GesmbH Salzburg, zum Preise von S 1.963.946,- erteilt.

Die hierzu erforderlichen Mittel sind von den Stadtwerken aufzubringen.

Auch hier bitte ich um Genehmigung.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Wünscht zu diesem Antrag jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Wir stimmen ab. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Dank genstimmen? Enthaltungen? Beides nicht der Fall, der Antrag ist einstimmig beschlossen. Ich darf um den nächsten Antrag bitten.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Mein letzter Antrag betrifft den Ankauf von Autobussen für die Stadtwerke. Es hat sich dabei, wie Sie ja wissen, um Steyrer Erzeugnisse. Der Antrag lautet:

18) ÖAG-7481/83

Stadtwerke

Omnibusankauf.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Betriebsleitung der Stadtwerke vom 9. 3. 1984 der Auftrag zur Lieferung von zwei Stück Steyr-Stadtlinienbussen der Type SS 250 an die Steyr-Daimler-Puch AG zum Preis von S 3.615.500,- excl. 20 % USt zu tragen.

Zu diesem Ankauf leistet die Stadt Steyr einen Finanzierungsbeitrag in der Höhe S 1.675.000,- excl. 20 % USt. Die restlichen Mittel sind von den Stadtwerken aufzubringen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sie haben auch diesen Antrag gehört. Gibt es dazu eine Wortmeldung?

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Darf ich einen Zwischenruf machen? Wenn ich den Amtsbericht richtig gelesen habe, werden nicht nur zwei Autobusse als Ersatz angeschafft, sondern es wird auch ein Fahrer ausgetauscht, denn sonst wäre die Argumentation nicht richtig, daß für die Anschaffung von zwei Ersatzautobussen ein zusätzlicher Fahrer notwendig ist.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Das ist vielleicht etwas schlecht formuliert. Die Stadtwerke sagen, wenn sie den Gelenkbus bekommen hätten, dann wären sie mit einem Fahrer ausgekommen, nachdem jetzt zwei Autobusse gekauft werden, benötigen sie auch zwei Fahrer, also einen zusätzlich.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Es heißt aber zwei Ersatzanschaffungen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich glaube aber, es ist so aufzufassen, wie ich das vorhin erklärt habe.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Nachdem der Antrag scheinbar etwas in der Rage geschrieben worden ist, ist das verstehbar.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich glaube, der Irrtum konnte trotzdem aufgeklärt werden. Kollege Treml hat sich noch dazu gemeldet.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich bin selbstverständlich für den Ankauf dieser zwei Autobusse von Steyr-Daimler-Puch, obwohl, wie jetzt angeklungen ist, aus wirtschaftlichen Gründen – so wurde das auch dargestellt von den leitenden Herren der Verkehrsbetriebe – unbedingt ein Gelenkautobus notwendig wäre. Wir ersehen auch aus dieser Zwischenfrage, daß dadurch, weil man zu dieser Lösung gekommen ist, aus der prekären Beschäftigungslage der Steyr-Werke, die Stadt zu einem zweiten Kraftfahrer schreiten muß, also neu aufnehmen muß. Von unserer Seite aus gesehen bedauern wir es sehr, daß die Steyr-Werke – obwohl aus wirtschaftlichen Gründen in ganz Österreich sicher eine große Nachfrage nach Gelenksbussen wäre – nicht rechtzeitig bestimmte Entwicklungen gefördert hat – im Gegensatz zur Panzerproduktion, wo sehr viele Millionen hineingesteckt wurden – und ihr Geld besser angelegt hätten, von der wirtschaftlichen Seite her, wenn sie stärker die Entwicklung der Busproduktion gefördert hätten. Wir sehen auch aufgrund des Auftragsstandes bzw. der Verträge, die Steyr-Daimler-Puch mit einer Reihe von Ländern abgeschlossen hat, daß hier wirklich eine Marktlücke in bestimmten, vor allem östlichen Gebieten, besteht. Ich glaube, auch dieser Ankauf soll dazu beitragen, auch wenn es auf unsere Kosten geht, das ist eine indirekte Förderung, zur Sicherung der Arbeitsplätze vor allem bei Steyr-Daimler-Puch. Obwohl wir auch wissen, daß offenbar die Sicherung der Arbeitsplätze nur gewährt wird bis zum Jahresende bzw. bis zum Jänner 1985. Ich glaube auch, daß es für uns als Gemeinde nicht unwesentlich ist, wenn man aus Pressestimmen oder auch aus Stimmen von Managern dieses Betriebes immer wieder hört, daß es notwendig sein wird, bestimmte Rationalisierungsmaßnahmen durchzuführen, ein Rationalisierungskonzept ist bis zum Herbst hergestellt mit Hilfe ausländischer Firmenberater.

Der Generaldirektor, Sozialist Androsch erklärte, daß er denkt, daß der Personalstand weiter reduziert werden muß und sogar verschiedene Standorte liquidiert werden. Darum, meine Damen und Herren, obwohl durch diese Rationalisierungsmaßnahmen, die hier in

den Raum gestellt werden, angeblich – das sagen die Manager, die gesicherte Zukunft des Werkes garantiert ist – denen geht es offenbar weniger um die Erhaltung der bereits bestehenden Arbeitsplätze – müssen wir auch von Seiten der Gemeinde wachsam sein, genau so wie der Arbeiter- bzw. Angestelltenbetriebsrat, daß man auch gegen diese Methoden, die hier eingeführt werden, die Arbeiterschaft schützt. Wir sollten dazu beitragen, daß die Arbeitsplätze trotz dieser Rationalisierungsmaßnahmen in Steyr gesichert werden.

Weil Kollege Fritsch mich angegriffen hat bezüglich der 35-Stunden-Woche, möchte ich ganz offen sagen, aufgrund der Technologie und Wissenschaft wird man auch in Österreich nicht umhin können, in unmittelbar nächster Zeit die 35-Stunden-Woche einzuführen, sonst werden wir die Frage der Arbeitsplätze überhaupt nicht bewältigen können.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Dient aber nicht der Erhaltung der Arbeitsplätze!

VIIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich frage Sie, wer wünscht zum Antrag noch zu sprechen? Ich sehe keine Wortmeldung mehr. Wünscht Kollege Steinmaßl ein Schlußwort? Auch das ist nicht der Fall, wir kommen somit zur Abstimmung. Wer ist für den Antrag, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Gegenprobe? Enthaltungen? Ich darf die einstimmige Annahme feststellen.

Ich danke Kollegen Steinmaßl für die Berichterstattung und übergebe den Vorsitz wieder unserem Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für die kurzzeitige Vorsitzführung und bitte als nächsten Berichterstatter Herrn Kollegen Wallner.

BERICHTERSTATTER STADTRAT MANFRED WALLNER:

Sehr verehrtes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Der erste Antrag lautet:

19) Ges-15/83

K-5501/83

Straßenbenennung "Franz Paulmayr-Straße".

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Mag. Abt. XI vom 31. Jänner 1984 erhält die neuerichtete Straße im Stadtteil Tabor, im Lageplan des Stadtbauamtes vom 25. Oktober 1983 durch Rotfärbung dargestellt, die Bezeichnung
"Franz Paulmayr-Straße".

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben den Antrag gehört. Wünscht jemand dazu das Wort? Das ist nicht der Fall. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Gegenstimmen? Enthaltungen? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Der nächste Antrag betrifft:

20) Bau2-6607/83

Erklärung von Verkehrswegen zu Ortschaftswegen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die in der Beilage befindliche Verordnung, betreffend die Erklärung von Verkehrswegen zu Ortschaftswegen, entsprechend den Planunterlagen des Stadtbauamtes vom 28. Dezember 1983, Bau2-6607/83, wird genehmigt (BEILAGE).}

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wortmeldungen dazu? Keine. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie diesem Antrag zustimmen? Danke. Gegenstimmen? Ebenfalls einstimmige Annahme.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Der nächste Antrag lautet:

21) Bau2-2016/84

Verhängung der Bausperre Nr. 7 für Betriebsgrundstücke 1576/1 und 1575/3, Kat. Gem. Föhrenschacherl, an der Wolfenstraße.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Verordnung

I. Gemäß § 58 Abs. 1 OÖ. Bauordnung, LGBl. Nr. 35/1976 in der Fassung der Bauordnungsnovelle LGBl. Nr. 82/1983 wird für die im Plan des Stadtbauamtes vom 27. Jänner 1984 bezeichneten Grundflächen 1576/1 und 1575/3, Kat. Gem. Föhrenschacherl eine zeitlich befristete Bausperre verhängt.

In diesem Gebiet ist die Umwidmung von Grünland in Bauland – gemischtes Baugebiet – sowie zu einem geringen Teil in Verkehrsflächen der Gemeinde beabsichtigt. Weiters ist beabsichtigt, entsprechend dem Aufteilungsentwurf des Stadtbauamtes vom 16. Februar 1984 als Vorplan für die von der Bausperre erfaßten Flächen einen Bebauungsplan zu erstellen. Durch die beabsichtigte Flächenwidmungsplanänderung und Bebauungsplanerstellung soll die Schaffung und Ansiedlung neuer Gewerbebetriebe ermöglicht werden. Die verhängte Bausperre hat die Wirkung, daß Bauplatzbewilligungen (§ 4), Bewilligungen für die Änderung von Bauplätzen und bebauten Liegenschaften (§ 7) und Baubewilligungen – ausgenommen Baubewilligungen für Bauvorhaben gemäß § 41 Abs. 1 lit. e) – nur ausnahmsweise mit Zustimmung des Gemeinderates erteilt werden dürfen, wenn nach der jeweils gegebenen Sachlage anzunehmen ist, daß die beantragte Bewilligung die Durchführung des künftigen Flächenwidmungs- bzw. Bebauungsplanes nicht erschwert oder verhindert.

Die Bausperre tritt entsprechend dem Anlaß aus dem sie verhängt wurde mit dem Rechtswirksamwerden der Änderung des Flächenwidmungsplanes bzw. des neuen Bebauungsplanes, spätestens jedoch nach 2 Jahren außer Kraft, wenn sie nicht verlängert wird.

II. Die Kundmachung erfolgt gemäß § 62 Statut für die Stadt Steyr 1980, LGBl. Nr. 11, im Amtsblatt der Stadt Steyr. Die Planunterlagen liegen vom Tage der Kundmachung an im Baurechtsamt des Magistrates Steyr durch 2 Wochen zur öffentlichen Einsichtnahme auf.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Fragen? Wortmeldungen? Keine. Gegenstimmen erheben sich auch keine, der Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Mein nächster Antrag lautet:

22) Bau2-5510/82

Bebauungsplan Nr. 39 "Stadlmayrgründe"; Änderung Nr. 1.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Bebauungsplan Nr. 39 "Stadlmayrgründe" Änderung Nr. 1 wird nach Maßgabe des Amtsberichtes der Mag. Abt. XI vom 15. Februar 1984 entsprechend den Planunterlagen des Stadtbauamtes des Magistrates der Stadt Steyr vom 23. August 1983 gemäß § 21 Abs. 4 und 5 OÖ. Raumordnungsgesetz, LGBl. Nr. 18/1972 idgF., beschlossen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Keine. Wer stimmt dagegen? Enthaltungen? Auch dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Der fünfte Antrag hat folgenden Wortlaut:

23) Bau3-1240/81

Ausbau der Steiner- und Klosterstraße;
Erklärung als Gemeindestraße.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die in der Beilage befindliche Verordnung, betreffend Erklärung der Steiner- und Klosterstraße samt Ausbaubereich als Gemeindestraße wird beschlossen. (BEILAGE) C

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wortmeldungen dazu sehe ich ebenfalls keine. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen?

Beides nicht, auch dieser Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Mein nächster Antrag betrifft:

24) Bau6-6180/75

Errichtung der Kanalisation Ennsleite;
Auftragserweiterung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Beschluß des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 24. 11. 1983 wurde der Auftrag zur Durchführung der Errichtungsarbeiten der Kanalisation Steyr-Ennsleite im Zusammenhang mit der Errichtung eines Teilstückes des Nebensammlers C 2 des Reinhaltungsverbandes Steyr und Umgebung der Firma Adami, Steyr, zum Preis von S 5,063.507,- übertragen.

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 9. 2. 1984 wird nunmehr einer Erweiterung dieses Auftrages um einen Betrag von insgesamt S 17.000,- (excl. USt) nachträglich zugestimmt.

Zur weiteren Abwicklung des Bauvorhabens wird der für das Rechnungsjahr 1984 vorgesehene Betrag von

S 4,000.000,-- (Schilling vier Millionen)

bei VSt 5/811000/050190 freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte Sie um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wortmeldungen liegen wie ich sehe keine vor. Ich bitte Sie um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Gegenprobe? Enthaltungen? Es liegt einstimmige Annahme vor.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Als letzten Antrag bitte ich Sie folgender Novellierung der Marktordnung der Stadt Steyr die Zustimmung zu geben:

25) Ge-3140/81

Marktordnung der Stadt Steyr; Novellierung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 8. März 1984 wird die beiliegende Änderung der Marktordnung der Stadt Steyr hiemit genehmigt (BEILAGE). ①

Es geht darum, den Stadtteil Resthof in die derzeit bestehende Marktordnung einzubeziehen. Es ist der Bedarf auch nach Prüfung der beiden Kammern zweifellos gegeben, einen zusätzlichen Wochenmarkt in diesem von mir genannten Stadtteil abzuhalten. Der Markt soll so wie am Stadtplatz am Donnerstag und Samstag abgehalten werden. Ich darf aber der Ordnung halber und der Vollständigkeit halber erwähnen, das ist ja heute auch schon von Kollegen Fritsch angezogen worden, daß dies sicherlich nicht die letzte Änderung ist der Marktordnung, die uns heuer ins Haus steht. Bei der Gelegenheit darf ich sagen, daß bekanntlich z. B. der Christkindmarkt bisher keine Regelung in der bestehenden Ordnung gefunden hat. Man wird also darüber rechtzeitig reden müssen. Die entsprechenden Vorbereitungen sind bereits im Gang.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wünscht jemand zu diesem Antrag das Wort? Das ist nicht der Fall. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Gegenstimmen? Einstimmig beschlossen.

Ich danke Kollegen Wallner für seine Berichte. Kollege Zöchling ist der Nächste.

BERICHTERSTATTER STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Ich darf Ihnen die letzten sechs Anträge des Stadtsenates vortragen und bitte jetzt schon, diese zu genehmigen.

In der Fellinger-Siedlung werden wiederum zwei Bauparzellen verkauft. Der erste Antrag lautet:

26) ÖAG-1047/84

Verkauf einer Grundparzelle im Bereich der Josef Fellinger-Siedlung an Dr. Heinz Bäck.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA VI vom 13. 2. 1984 wird dem Verkauf des Grundstückes 206/2, EZ. 1080, KG. Jägerberg, im Ausmaß von 900 m² zu den mit Gemeinderatsbeschluß vom 6. 7. 1982 festgelegten Verkaufsbedingungen - Quadratmeterpreis inkl. Anliegerleistungen S 550,- somit zum Gesamtpreis von

S 495.000,- (Schilling vierhundertfünfundneunzigtausend)

an Herrn Dr. Heinz Bäck, 4020 Linz, Weinheberstraße 13, zugestimmt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu eine Diskussion? Ich sehe, daß das nicht der Fall ist. Wenn Sie dafür sind, bitte ich Sie um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gegenstimmen? Einstimmig angenommen.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Der zweite Antrag lautet:

27) ÖAG-1597/84

Verkauf einer Grundparzelle im Bereich der Josef-Fellinger-Siedlung an Dipl. Ing. Wolfgang Kropf.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA VI vom 8. 3. 1984 wird dem Abverkauf der Siedlerparzelle 231/7, EZ. 1087, KG. Jägerberg, im Ausmaß von 760 m² an Herrn Dipl. Ing. Wolfgang Kropf, 4400 Steyr, Kammermayrstraße 20, zu den mit Gemeinderatsbeschluß vom 6. 7. 1982 festgelegten Verkaufsbedingungen und einem Quadratmeterpreis von S 520,- zuzüglich S 30,-/m² für Anliegerleistungen zugestimmt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gegenstimmen oder Enthaltungen zu diesem Antrag? Ich sehe, daß das nicht der Fall ist, auch hier liegt Einstimmigkeit vor.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Der nächste Antrag betrifft den Ankauf von Liegenschaften an der Resthofstraße von Ingeborg Proyer und der Bauunternehmung Zwettler, und zwar die Darlehensübernahme. Der Antrag des Stadtsenates lautet:

28) ÖAG-6809/82

Ankauf von Liegenschaften an der Resthofstraße von Ingeborg Proyer und der Bauunternehmung Zwettler; Darlehensübernahme.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Übernahme der auf der Liegenschaft EZ 2319 sichergestellten Darlehen der Bau-
sparkasse Wüstenrot und der Sparkasse Steyr mit Schuldsalden von S 699.449,90 und
S 200.358,48 zur Rückzahlung bzw. Weiterverzinsung wird zugestimmt und zu diesem
Zwecke eine Kreditüberschreitung von S 900.000,- bei VA-St. 5/846000/010150 be-
willigt. Die Deckung erfolgt durch Darlehensaufnahmen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es zu diesem Tagesordnungspunkt eine Wortmeldung? Ich sehe, das ist nicht der Fall.
Gibt es gegenteilige Meinungen? Es sind keine feststellbar, einstimmige Annahme.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Im Haus Brucknerstraße 1 sollen Instandsetzungsarbeiten durchgeführt werden, der dies-
bezügliche Antrag lautet:

29) GHJ-20/84

Gemeindeeigenes Objekt Brucknerstraße 1;
Instandsetzungsarbeiten.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA VI vom 12. 3. 1984 werden im Zusammenhang mit
verschiedenen Instandsetzungsarbeiten beim gemeindeeigenen Objekt Brucknerstraße 1
nachstehende Aufträge vergeben:

- | | |
|---|--------------|
| 1. Baumeisterarbeiten an die Firma Prameshuber, zum Preis von | S 239.704,-- |
| 2. Malerarbeiten an die Firma Huber, zum Preis von | S 94.000,-- |
| 3. Elektroarbeiten an die Firma Mitterhuemer, zum Preis von | S 34.379,-- |
| 4. Spenglerarbeiten an die Firma Lipfert, zum Preis von | S 53.730,-- |
| 5. Gartenzaunherstellung an die Firma Bittermann, zum Preis von | S 24.370,-- |

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 447.000,-- (Schilling vierhundertsevenundvierzigtausend)

werden bei VSt 1/846000/010000 freigegeben.

Gleichzeitig wird der Übernahme der Kosten von S 446.183,50 durch die Stadtgemeinde
Steyr zugestimmt, so daß eine Umlegung dieser Erhaltungskosten auf die Mietzinse nicht
erforderlich ist.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht dazu jemand zu sprechen? Kollege Treml bitte!

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Dieser Antrag vom Kollegen Zöchling beweist, wie groß die Probleme in unserer Stadt
sind, und zwar die Probleme der Lösung im Zusammenhang mit unserem Wohnbau und
der Althausinstandsetzung der gemeindeeigenen Häuser. Dieser Antrag bzw. die Förde-
rung durch die Stadt Steyr ist nach meiner Auffassung unbedingt notwendig, um älteren
und sozial schwächeren Mitbürgern unserer Stadt das Dach über dem Kopf zu sichern.

Sie wissen auch, daß die Gemeinn. Wohnungsgenossenschaft der Stadt Steyr rund 4.400 Wohnungen verwaltet, dazu kommen noch diese alten Gemeindehäuser. Sie wissen sicher auch, daß mit Ende des Jahres 1983 der Mietrückstand in der Gemeinn. Wohnungsgenossenschaft der Stadt Steyr immerhin noch über 2,3 Millionen Schilling betrug. Das ist zwar wesentlich weniger als im Jahre 1982, da gab es ja bereits Mietzinsrückstände von über 4 Millionen Schilling.

Meine Damen und Herren, in diesen Zahlen widerspiegelt sich zweifellos auch die wirtschaftliche Lage eines Teiles unserer Bevölkerung und ich glaube auch, daß diese Mietrückstände auf das engste mit den Auswirkungen des neuen Mietrechts zusammenhängen, das eben zu gewaltigen Erhöhungen der Wohnungskosten führte. Diese Wohnkostenerhöhung hängt auch damit zusammen, daß jahrelang die Mehrwertsteuer – sie betrug 8 %, jetzt 10 % – auf die Mieten den Instandhaltungsrücklagen entnommen wurde. Als diese aufgezehrt waren, wurden alle anfallenden Reparaturkosten den Mietern aufgelastet, ausgenommen davon sind weitgehend die gemeindeeigenen Häuser, z. B. auch jene, die jetzt renoviert werden sollen auf der Ennsleite, im Wehrgraben und am Tabor. Für diese drei Wohnhäuser auf der Ennsleite, die heute auf der Tagesordnung stehen, machen die Instandsetzungskosten einen Betrag von 1,384.000 Schilling aus, die von der Stadtgemeinde bezahlt werden. Bei den 39 Mietern in diesen 3 Häusern in der Brucknerstraße handelt es sich um Arbeiter mit offenbar geringem Einkommen, um Pensionisten und Sozialhilfeempfänger. Diese waren aufgrund ihres geringen Einkommens jetzt schon nicht mehr in der Lage, für ihre Substandardwohnungen – bekanntlich sind das dort ja Wohnungen wo das WC und die Wasserentnahmestelle außerhalb der Wohnung sich befinden – die Kosten der Instandhaltung zu tragen. Man bezahlt ja für diese Substandardwohnungen, z. B. für eine Wohnung mit 42 m² in der Brucknerstraße, bereits jetzt schon S 900,--, für die etwas größeren Dreiraumwohnungen mit 59 m² S 1.200,--. Dazu möchte ich auch erinnern, daß die Sozialhilferichtsätze in Oberösterreich, die auch für Steyr gelten, für Alleinstehende S 3.498,- betragen und für Mitunterstützte S 1.940,-. Das heißt, daß doch ein erheblicher Teil dieses Einkommens der minderbemittelten Menschen schon jetzt für die Mietkosten aufgeht und daher sind sie außerstande, diese neuen Instandhaltungskosten zu tragen. Diese 39 Mieter müßten aufkommen für diese 1,384.000 Schilling.

Ich stimme aber selbstverständlich diesen Anträgen zu.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für den Beitrag. Wünscht noch jemand das Wort dazu? Der Berichterstatter wünscht ein Schlußwort.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Ich darf sagen, das trifft vielleicht auf die Brucknerstraße zu. Es gibt aber auf der Ennsleite noch mehrere solche Substandardwohnungen, und ich muß sagen, daß gerade in diesen Wohnungen die Mieter sehr viel selbst gemacht haben. Es wurden z. B. Wohnungen zusammengelegt und Bäder bzw. Toiletteanlagen eingebaut. Die Mieter selbst bemühen sich auch, in diesen Wohnungen ein besseres Wohnen zu haben. Wir haben ebenfalls einen Beitrag geleistet, aber es kostet eben für diese 3 Häuser an die 1,5 Millionen Schilling.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Gegenprobe? Enthaltungen? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Der nächste Antrag lautet:

30) GHJ2-21/84

Gemeindeeigenes Objekt Brucknerstraße 3;
Instandsetzungsarbeiten.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA VI vom 12. 3. 1984 werden im Zusammenhang mit verschiedenen Instandsetzungsarbeiten beim gemeindeeigenen Objekt Brucknerstraße 3 nachstehende Aufträge vergeben:

- | | |
|--|--------------|
| 1. Baumeisterarbeiten an die Firma Hingerl, zum Preis von | S 260.540,-- |
| 2. Malerarbeiten an die Firma Huber zum Preis von | S 94.000,-- |
| 3. Elektroarbeiten an die Firma Mitterhuemer zum Preis von | S 35.714,-- |
| 4. Spenglerarbeiten an die Firma Lipfert zum Preis von | S 53.730,-- |
| 5. Gartenzaunherstellung an die Firma Bittermann zum Preis von | S 31.650,-- |
| 6. Gewichtsschlosserarbeiten an die Firma Tuma zum Preis von | S 14.320,-- |

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 490.000,-- (Schilling vierhundertneunzigtausend)

werden bei VSt 1/846000/010000 freigegeben.

Gleichzeitig wird der Übernahme der Kosten von S 489.954,- durch die Stadtgemeinde Steyr zugestimmt, so daß eine Umlegung dieser Erhaltungskosten auf die Mietzinse nicht erforderlich ist.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wortmeldungen sehe ich keine. Es gibt auch keine Gegenstimme oder Enthaltung. Auch dieser Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Der letzte Antrag lautet:

31) GHJ2-22/84

Gemeindeeigenes Objekt Brucknerstraße 5;
Instandhaltungsarbeiten.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA VI vom 12. 3. 1984 werden im Zusammenhang mit verschiedenen Instandsetzungsarbeiten beim gemeindeeigenen Objekt Brucknerstraße 5 nachstehende Aufträge vergeben:

- | | |
|--|--------------|
| 1. Baumeisterarbeiten an die Firma Prameshuber zum Preis von | S 202.956,-- |
| 2. Malerarbeiten an die Firma Glaser zum Preis von | S 94.000,-- |
| 3. Elektroarbeiten an die Firma Mitterhuemer zum Preis von | S 38.586,-- |
| 4. Spenglerarbeiten an die Firma Lipfert zum Preis von | S 68.155,-- |
| 5. Leichtmetalltüren an die Firma Tuma zum Preis von | S 30.790,-- |
| 6. Gartenzaunherstellung an die Firma Bittermann zum Preis von | S 13.630,-- |

Zum genannten Zweck wird ein Betrag von

S 112.000,-- (Schilling einhundertzwölftausend)

bei VSt 1/846000/010000 freigegeben und eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 337.000,-- (Schilling dreihundertsiebenunddreißigtausend)

bei der gleichen VA-Stelle bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Gleichzeitig wird der Übernahme der Kosten von S 417.327,- durch die Stadtgemeinde Steyr zugestimmt, so daß eine Umlegung dieser Erhaltungskosten auf die Mietzinse nicht erforderlich ist.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Ich bitte Sie um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie dafür sind? Danke. Gegenprobe? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich danke Kollegen Zöchling für seine Berichterstattung. Wir sind damit am Ende der Tagesordnung angelangt.

Wir kommen damit zur Aktuellen Stunde und der Reihung nach frage ich die SPÖ, ob ein Beitrag gewünscht wird? Kollege Feuerhuber bitte!

(Beginn der Aktuellen Stunde 16.35 Uhr).

STADTRAT KARL FEUERHUBER:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich hätte eine Anfrage an unseren Bürgermeister zu richten, betreffend die Kleingartenanlage im Gebiet St. Ulrich, das Grundstück gehört aber, wie Sie wissen, der Stadtgemeinde Steyr. Mir ist zu Ohren gekommen, daß Bürgermeister Steinmayr und seine Freunde nicht willens sind, dieses Areal für die Kleingärtner freizugeben. Meines Wissens nach hat der Kleingartenverein Eysnfeld rund 100 Vormerkungen von Bürgern unserer Stadt, die in ihrer Freizeit, die ja immer mehr wird, das Bedürfnis hätten, einen Garten zu betreten. Es ist sehr bedauerlich, wenn das stimmen sollte und da ich Zeuge eines Gespräches war, das Bürgermeister Steinmayr mit unserem Vizebürgermeister Wippersberger geführt hat, muß ich das als Tatsache annehmen. Ich bedaure es außerordentlich, wenn dieses Projekt nicht zustande kommen kann. Wenn es nicht zustande kommt, bitte, Herr Bürgermeister, sollten Sie Sorge tragen, daß jene Menschen, die willens sind, solche Anlagen zu betreiben, doch irgendwo eine Fläche bekommen, wo sie ihrem Hobby nachgehen können. Ich bin auch der Meinung, daß wir in Steyr doch Flächen zur Verfügung stellen sollten, damit jenen Menschen die Möglichkeit eingeräumt wird, in ihrer Freizeit das zu tun, was sie gerne möchten.

Das war meine Anfrage.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Darf ich Herrn Vizebürgermeister Wippersberger den Vorsitz übergeben, damit ich dazu einiges sagen kann.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich übernehme den Vorsitz und bitte Herrn Bürgermeister um seine Wortmeldung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich möchte darauf hinweisen, ich betrachte diesen Diskussionsbeitrag des Kollegen Feuerhuber nicht als Anfrage im Sinne unseres Statutes, sondern als Beitrag zu einem aktuellen Thema. Aus diesem Grund möchte ich auch darauf eingehen. Jeder weiß, daß wir im Gemeindegebiet von St. Ulrich eine Grundfläche besitzen, die direkt an das Stadtgebiet von Steyr angrenzt. Es waren seit Jahren Verhandlungen im Gange, Bestrebungen im Gange, diese Grundfläche, die sich zweifellos für solche Zwecke eignen würde, für Schrebergartengründe zu verwenden. Entsprechende Parzellierungsvorschläge wurden seitens des Amtes bereits unterbreitet und diese Vorschläge wurden dem Gemeindeamt St. Ulrich übermittelt mit der Bitte, eine Umwidmung dieser Fläche zu einer Kleingartenfläche im Gemeinderat vorzunehmen. Es haben mehrere Gespräche mit dem Bürgermeister der Gemeinde St. Ulrich, Abgeordnetem Steinmayr, stattgefunden. Im Zusammenhang damit ist es aber zu verschiedenen Schwierigkeiten gekommen. Es sind Einwände gekommen seitens der Anrainer im Gemeindegebiet St. Ulrich, weil die ursprüngliche Zufahrt über das Gemeindegebiet St. Ulrich geführt hätte nach unserem Vorschlag. Die dort wohnenden Anrainer haben sich darüber beklagt und es als unzumutbar empfunden, daß das so gemacht wird. Wir haben dann eine andere Möglichkeit einer Zufahrt über die Fellinger-Siedlung gesucht, diesen Vorschlag weitergegeben und auch hier wurde wiederum seitens der Gemeinde St. Ulrich ein Einwand vorgebracht. Ich habe am 26. März ein Schreiben der Gemeinde St. Ulrich erhalten, das ich dem Gemeinderat nicht vorenthalten möchte. Ich möchte es daher wörtlich zitieren:

"An den Magistrat Steyr, Magistratsdirektion. Zum dortigen Ersuchen vom 10. Oktober 1983 und der Vorsprache vom 31. Jänner 1984 wird mitgeteilt, daß auch im Rahmen des 3. Informationsgespräches am 5. März 1984 die Siedler neben den schon bekannten Einsprüchen – Lärmbelästigung, Verminderung der Wohnqualität – weitere Bedenken erhoben haben, und zwar: a) durch die bestehenden Freizeitzentren, Tennisplätze, Fußballplatz, hat sich die Lärmbelästigung stark vermehrt. Eine weitere Zunahme, die mit dem Bau und dem Betrieb einer Gartenanlage verbunden ist, wäre im Interesse der Siedler nicht mehr zumutbar; b) die vorgesehene Zufahrt über die Fellinginger-Siedlung zur Anlage, die als Wohnstraße konzipiert ist, erscheint im Bachbereich zu schmal und daher als unzureichend. Es ist nicht auszuschließen, daß auch der Feldweg besonders während der Bauzeit benützt wird und auch durch die ungünstige Grundstücksform ist zu erwarten, daß die Zufahrt über den Feldweg zu den Gärten erfolgen wird; c) § 6, Abs. 6, des öö. Dauer-Kleingartengesetzes schreibt für jeden Dauerkleingarten einen Abstellplatz vor. Der vorliegende Plan trägt dieser Forderung nicht voll Rechnung. Die Gemeinde St. Ulrich hat bei der Flächenwidmung für den gesamten Gemeindebereich sehr sparsam Bauland ausgewiesen und muß daher für die Zukunft auf geeignete Flächen Bedacht nehmen. Die für Dauerkleingärten vorgesehenen Flächen sind als günstiges Bauerwartungsland zu bezeichnen, weil sie direkt an Wohngebiete, die mit allen Versorgungseinrichtungen aufgeschlossen sind, angrenzen. Eine weitere Aufschließung wäre daher ohne große Kosten durchführbar. Eine spätere Umwidmung von Dauerkleingärten in Bauland wäre nur langfristig und mit erheblichen Schwierigkeiten möglich."

Dazu darf ich eines sagen, ich glaube, daß wir uns als Steyrer bemühen sollten, Wünsche der Bevölkerung, die an uns herangetragen werden, wenn möglich zu berücksichtigen. Ich muß auch sagen, daß wir bei der Berücksichtigung dieser Wünsche unsere Möglichkeiten, die wir haben – diese Fläche wäre eine Möglichkeit, denn sie befindet sich in unserem Besitz – nutzen sollten. Bei der Bewältigung solcher Dinge sollte man doch etwas über die Gemeindegrenzen hinwegschauen, wenn man einerseits immer die gute Nachbarschaft in vielen Bereichen betont und das ist ja propagiert worden und sich auf der anderen Seite als Friedensgemeinde darstellt, so finde ich diese Einstellung als eine sehr enge und eigentlich sehr egoistische. Hier hört das gegenseitige Verständnis, liebe Freunde des Gemeinderates, an der Gemeindegrenze auf. Ich möchte sagen, daß wir seitens der Gemeinde bisher immer bereit waren, solidarisch zu handeln. Wir haben in vielen Bereichen unseren Nachbargemeinden geholfen, weil das für uns selbstverständlich und eben unsere Einstellung ist. Diese unsere Einstellung wird sich nicht ändern, das möchte ich ganz deutlich sagen. Wir wollen aber nur darauf hinweisen, daß auch wir auch – wir haben heute schon von der Solidarität gesprochen – Solidarität erwarten. Solidarität heißt gegenseitiges Helfen und gegenseitige Rücksichtnahme, das ist eine Selbstverständlichkeit. Wir haben versucht, Lösungen zu finden, die weitestgehend Beeinträchtigungen der dortigen Menschen hintanhaltend. Der Hinweis, daß die Straße im Bachbereich zu schmal ist, das ist doch abänderbar. Auch eine Änderung des notwendigen Parkraumes ist durchaus leicht möglich. Man war also hier nicht bereit zu helfen, obwohl auf der einen Seite immer betont wird, wie sehr man für die Gemeinschaft, für den Frieden und die Zusammenarbeit ist, aber dazu gehört auch eine sichtbare Haltung und diese fehlt mir hier. Ich habe mir deshalb auch erlaubt, im Amtsblatt auf diese Problematik ein bißchen in meinem Beitrag hinzuweisen. Wir sind aber verpflichtet, unseren Siedlern zu helfen und die Frage des Kollegen Feuerhuber darf ich in der Richtung ergänzen, daß ich den Auftrag gegeben habe, Untersuchungen vorzunehmen in unserem Gemeindebereich, ob es nicht in unserem Stadtgebiet Flächen gibt, die für solche Zwecke geeignet sind. Die Standortuntersuchung hat ergeben, daß wir im Bereich Gleink bei den sogenannten "Distelberger-Gründen" Möglichkeiten hätten, diese Gründe für solche Zwecke aufzuschließen. Es würden sich nach den vorliegenden Vorschlägen unserer Planungsabteilung 190 solcher Flächen ergeben und damit könnte man einen sehr großen Teil jener Menschen, die einer sinnvollen Freizeitbeschäftigung nachgehen wollen, zufriedenstellen. Außerdem besteht noch

eine weitere Möglichkeit, davon haben wir erst gestern Mitteilung erhalten, im Bereich der Gründbergsiedlung oberhalb der ehemaligen Schottergrube, wo jetzt ein Spielplatz untergebracht ist. Auch das wäre eine Grundfläche, die für eine Verbauung nicht so sehr geeignet ist, aber für solche Zwecke verwendet werden könnte. Auch dort würden keine Anrainer belästigt und dort wäre es möglich, etwa 29 solcher Kleingartenflächen zu errichten. Diese Dinge werden derzeit untersucht und ich werde zum gegebenen Zeitpunkt die entsprechenden konkreten Vorschläge unterbreiten.

Es ist das ein sehr aktuelles Thema und ich habe das deswegen angeschnitten, weil ich glaube, man sollte darauf hinweisen, daß nicht nur schöne Worte und große Gesten dazu führen, daß man sich gegenseitig versteht, sondern man sollte das auch in der Praxis üben. Das ist meine Meinung dazu. Aber ein bißchen Entgegenkommen müßte schon vorhanden sein. Wir als Stadt werden das weiterhin so halten.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke Kollegen Schwarz für seinen Beitrag und übergebe ihm wieder den Vorsitz.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Kollege Fritsch bitte!

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Meine Damen und Herren, nur ganz kurz eine Stellungnahme vorausschickend. Ich bin weder Ankläger noch Verteidiger der Gemeinde Ulrich und bin mit der Problematik relativ kurzfristig konfrontiert worden. Ich muß aber, glaube ich, doch aus der sachlichen Sicht einiges dazusagen. Ich möchte keine so heftigen Worte gebrauchen, wie sie Kollege Schwarz, vielleicht sogar begreiflicherweise, in seiner Emotion zum Ausdruck gebracht hat. Es gibt eine grundsätzliche Überlegung. Wenn zuerst Kollege Feuerhuber gesprochen hat von Bürgermeister Steinmayr und seinen Freunden, das hat er ja nicht weiß Gott wie positiv bewertet gemeint, so muß ich sagen, wer sind die Freunde? Ich kann mir gleichzeitig nur vorstellen, daß diese seine Freunde die Mitglieder des Gemeindevorstandes bzw. des Gemeinderates von St. Ulrich sind, da ein Bürgermeister von sich heraus keine Entscheidung alleine treffen kann, ohne nicht die zuständigen Gremien befragt zu haben. Wir kennen das, wie es ab und zu passiert ist, aber das sind Zeiten, die Vergangenheitswert besitzen. Nur muß ich eines vielleicht doch festhalten, es hat auch Kollege Schwarz am Beginn seines Beitrages gesagt, daß eine Umwidmung vom Gemeinderat vorzunehmen wäre. Daher also ist es nicht die Meinung des Bürgermeisters, sondern wahrscheinlich die Meinung des Gemeinderates – ich weiß nicht, ob darüber schon ein Beschluß gefaßt wurde – überhaupt die Widmungsänderung des Flächenwidmungsplanes vorzunehmen. Das weiß man, wie es bei uns passiert, auch wir haben dauernd Umwidmungen zu beschließen, nur

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich habe nicht von der Meinung des Bürgermeisters, sondern allgemein von der Haltung der Gemeinde gesprochen.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Ich konzentriere Meinung 1 bzw. Meinung 2. Die nächste Überlegung geht doch dahin, sollte ein Gemeinderatsbeschluß gefaßt worden sein, müßte man wissen, ob er einhellig oder mehrheitlich gefaßt wurde. Im Sinne der zitierten Friedensgemeinde weiß ich, daß in St. Ulrich alle Gemeinderatsbeschlüsse einstimmig gefaßt werden, also auch unter Umständen mit der Zustimmung der Mitglieder der sozialistischen Fraktion im St. Ulricher Gemeinderat. Ich will das Problem allerdings nicht unterbewerten, ich gebe zu, daß das Interesse für Bürger und Siedler oder Schrebergartenwillige unserer Stadt in diesem Bereich gegeben ist. Nur darf man eines nicht vergessen und da versuche ich, sehr objektiv zu sein, wenn ich auch Interessen als Grundbesitzer – Grundbesitzer ist in diesem Fall die Stadt Steyr im fremden Gemeindebereich – zum Ausdruck bringe, muß nicht un-

bedingt die Größenordnung der beiden Gemeinden ausschlaggebend für die Realisierung sein. Ich würde bitten, dieses Problem möglichst emotionsfrei zu behandeln aus der Überlegung heraus, daß bisherige gutnachbarschaftliche Beziehungen durch in dem Fall sicherlich nicht weltbewegende Probleme getrübt werden. Ich würde warnen davor, das weiß Gott wie einseitig gefärbt in die Öffentlichkeit zu bringen, schon deswegen, weil man damit niemandem, weder uns Steyrern, noch den Ulrichern, letztlich etwas Gutes erweist. Ich bin aber überzeugt davon, so ich die Konzilianz der Ulricher kenne, daß bei entsprechenden Verhandlungen vielleicht doch ein Beschluß in der Richtung, wie wir ihn wollen, gefaßt werden kann. Aber ein Aufoktroieren einer Meinung eines Gemeinderates ist in einem zweiten Gemeinderat sicherlich nicht gegeben. Wir würden uns genau so dagegen zur Wehr setzen, wenn es umgekehrterweise uns gegenüber passieren würde.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke. Seitens der Freiheitlichen Partei hat sich Gemeinderat Eichhübl gemeldet.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich finde es auch sehr bedauerlich, daß es nicht möglich ist, dieses Grundstück, das der Stadtgemeinde Steyr gehört, in St. Ulrich liegt, für die Nutzung von Kleingärten heranzuziehen. Aber wenn ich Sie richtig verstanden habe, Herr Bürgermeister, scheitert es am Einspruch der Anrainer. Dafür habe ich Verständnis, daß sich da ein Bürgermeister und auch der Gemeinderat oder wer immer das behandelt, nicht einfach über diese Meinung hinwegsetzen wird können. Man denke sich, es wäre der umgekehrte Fall, aus St. Ulrich wollten Leute ebensolche Anlagen betreiben und die Anrainer wären dagegen. Auch wir, der Gemeinderat und der Herr Bürgermeister, hätten Schwierigkeiten, sich darüber hinwegzusetzen. Ich würde daher auch diesen Vorschlag begrüßen, den der Herr Bürgermeister und Herr Stadtrat Feuerhuber gemacht haben, daß man sich bemüht, den Wünschen der Kleingärtner von Steyr gemäß ein Grundstück zur Verfügung zu stellen. Danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Kollege Treml dazu.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich möchte nur ganz kurz in Erinnerung rufen, daß im Zusammenhang mit der Umwidmung im Münichholz, also von GWG-Gründen zu Bauland, auch dort dieses Problem vorhanden ist und von Seiten der Stadtverwaltung Steyr wurde hier in Aussicht gestellt, daß, wenn gebaut wird, dann diese Schrebergärten abgesiedelt werden müssen. Hier wäre die Möglichkeit gegeben, auf einem Grundstück der Stadt Steyr, das sich aber im Gemeindegebiet St. Ulrich befindet, Ersatzflächen zur Verfügung zu stellen. Für mich ist es unerklärlich, daß eine solche Frage auf schriftlicher Basis gelöst wird, wie das von Ulrich gekommen ist. Ich würde trotzdem vorschlagen, daß wir nicht abgehen sollen von unserem Vorhaben, sondern daß man neuerdings Verhandlungen aufnehmen soll mit dem Bürgermeister. Vielleicht gibt es doch einen Weg, daß wir dieses Vorhaben realisieren, um unseren Schrebergärtlern entgegenkommen zu können und ihnen Grundflächen zur Verfügung zu stellen. Ich glaube, auch die Stadt Steyr hat des öfteren gegenüber der Gemeinde St. Ulrich sich großzügig gezeigt. Ich kann mich erinnern z. B. im Zusammenhang mit der Bürstmayrsiedlung, wo es mit der Aufschließung Probleme gegeben hat. Es gibt auch ein anderes Siedlungsgebiet, das an die Stadtgrenze von Steyr angrenzt, und zwar auf der Ennsleite, dessen Zufahrtsstraße auch die Anrainer von Steyr – es handelte sich dabei wahrscheinlich nur um kleine Arbeiter gewesen, die in der Wohnsiedlung Steinbrecherring untergebracht sind – belästigt. Ich kann mich auch erinnern, als es darum ging, daß die großen Steyr-Werke versucht haben, im Gemeindegebiet von St. Ulrich wieder eine Schießstätte zu errichten, daß auch die

Stadtgemeinde Steyr mitgeholfen hat, das zu verhindern, daß keine derartige Lärmbe-
lästigung im Naherholungsgebiet für uns und auch für die Gemeinde Ulrich entstanden ist.
Ich glaube, auf dieser Basis könnte man doch mit dem Vorstand der sogenannten Friedens-
gemeinde – das ist nicht im schlechten Sinn gemeint, es gibt ja tatsächlich in dieser Rich-
tung Initiativen, nicht nur vom Bürgermeister, sondern auch von den Bewohnern und da
schließe ich alle Bewohner mit ein, aller Schattierungen, Schichten und politischen An-
schauungen – sich einigen, es müßte möglich sein, sich in einer für mich doch kleinen
Frage unter Nachbarn zu einigen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Ich darf sagen, es ist keinesfalls unsererseits und auch nicht meinerseits daran
gedacht, die Beziehungen zu Ulrich in irgend einer Form zu trüben, das möchte ich noch-
mals betonen. Aber wenn ich von Solidarität rede, so kann das keine Einbahn sein. Wir
sind immer bereit gewesen, zu helfen und ich habe das auch als Kleinigkeit empfunden.
Das ist doch kein Problem, das unlösbar ist. Aber sich auf den Justamentstandpunkt zu
stellen glaube ich, ist nicht sehr sinnvoll. Das ist meine Meinung. Es ist ja nichts
Schlechtes, wenn jemand einen Schrebergarten betreibt, der belästigt sicher nicht viele
Leute. Man sieht das dort, wo wir Schrebergärten haben, dort gibt es kaum große Proble-
me, im Gegenteil, das ist eine gute Sache und wird, glaube ich, in vielen Bereichen lei-
der überschätzt. Es ist aber wirklich ein aktuelles Thema und es wird immer wieder an
uns herangetragen, weil es sehr viele Interessenten dafür gibt, die zu uns kommen und
solche Gründe wollen.

Dieses Thema ist erledigt.

Ich frage nun die ÖVP, ob ein Thema gewünscht wird? Kollege Seidl bitte!

GEMEINDERAT ERNST SEIDL:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Die Mitteilungen unseres Herrn Bürgermeisters eingangs der heutigen Sitzung veran-
lassen mich zu einer Anregung. Er teilte uns mit, daß bei der letzten Besprechung mit
dem Landeshauptmann auch die Sprache auf die S 37 kam und daß er dort zum Ausdruck
brachte, daß wohl Steyr an einer guten Verbindung mit der Autobahn in Richtung Enns
interessiert ist, aber nicht dieses Interesse untrennbar mit dieser S 37 verbunden ist.
Beim Bezirksgericht Steyr ist seit dem Jahr 1981 zur Zahl 1 NC 485/81 ein Enteignungs-
akt anhängig. Dieser ist jetzt so weit gediehen, daß er schon zur Abfertigung an den
Sachverständigen bereit steht, und zwar der Sachverständige soll über den Wert der
Grundstücke Bescheid geben. Dieses Gutachten kostet voraussichtlich gegen die 200.000
Schilling. Ich würde daher anregen, beim Bautenministerium vorstellig zu werden, daß
diese wiederum die Finanzprokurator anweisen, beim Gericht zu erwirken, daß man den
Akt ein wenig zurückstellt, nachdem es verfahrenstechnisch im Außerstreitverfahren
kein Ruhen des Verfahrens gibt, aber der Akt schon seit 1981 gelegen ist und daher es
ohne weiteres möglich wäre, ihn noch ein wenig hinauszuziehen. Nur muß man dem Ge-
richt die Möglichkeit geben von Seiten der Antragsteller. Ich glaube, es würde sich
lohnen, immerhin stehen an die 200.000 Schilling unnützer Sachverständigengebühren zur
Debatte.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für diesen Beitrag und Hinweis. Ergänzend zu meinem Eingangsbericht, wenn
ich das gleich als Bürgermeister machen darf, möchte ich einiges sagen. Wir haben dieses
Problem nicht nur mit dem Landeshauptmann, sondern auch beim Besuch des Herrn Bau-
tenministers Sekanina am 10. Februar mit diesem behandelt und besprochen. Ich darf
darauf hinweisen, daß wir den Wunsch einer Einbindung in die Autobahn, einer besseren
Verbindung zur Autobahn seit 13 Jahren mit großer Vehemenz betreiben. Seit 13 Jahren
ist hier keine Entscheidung gefallen und wir sind im Zusammenhang mit der Notwendigkeit
der Nordspange – das ist ja der ausschlaggebende Punkt – zur Überzeugung gekommen,
daß diese Nordspange als vorrangig zu behandeln ist, weil die Brückenverbindung über

die Enns für die Industrie, im besonderen für das BMW-Werk, aber auch für das Kugellagerwerk und den Bereich dort unten, ein ganz wichtiger Punkt ist, weil wir feststellen können, daß der Blümelhuberberg in immer stärkerem Maß belastet wird und bei Verkehrsspitzen der Verkehr sehr oft zusammenbricht. Wir geben also dieser Nordspanne den Vorrang, es ist aber damit nicht verbunden, daß wir diese Verbindung zur Autobahn aufgeben, diese Forderung ist nach wie vor aufrecht. Wir haben aber angekündigt, daß es nicht unbedingt eine Schnellstraße sein muß, weil wir glauben, daß es auch andere Möglichkeiten gibt, eine Verbesserung zu erreichen. Wir haben in unseren Gremien ja auch darüber verhandelt und gesprochen, daß ich mit dieser Äußerung zumindest den Anstoß gegeben habe, daß hier die Gespräche wieder in Fluß kommen und daß wir diese Verbindung doch in absehbarer Zeit erhalten können. Der Bautenminister hat am 10. Februar sogar einen Termin genannt, den er sich vorstellen kann. Er hat also angekündigt – es ist ja sehr problematisch, wenn man solche Termine erfährt – einen gewissen Termin, bis zu diesem Zeitpunkt er sich die Realisierung vorstellen könnte. Es ist jetzt die sogenannte Variante D über die Enns vorgesehen, sie hat den Vorteil, daß sie nicht mehr durch das Brunnenschutzgebiet geführt wird, damit verbunden ist eine wesentliche Erleichterung des ganzen Bauwerkes, weil ja die öldichte Wanne nicht mehr errichtet werden muß. Damit wäre auch eine wesentliche Kosteneinsparung verbunden und wir warten täglich auf eine entsprechende Mitteilung des Bautenministeriums, die ja angekündigt ist. Die Unterstützung seitens des Landes in dieser Richtung hoffe ich, werden wir bekommen. Der Herr Landeshauptmann hat versprochen, sich zu bemühen, hier Lösungen zu finden. Ich glaube, daß es im Sinne der Stadt ist, uns muß es lieber sein, wenn etwas geschieht, als daß weitere 13 Jahre wir eine S 37 verlangen und diese nicht bekommen. Ich möchte auch noch erwähnen, daß das sicher ein sehr hoher Betrag ist, aber im Vergleich zu den Gesamtkosten ein verschwindender Betrag von 200.000 Schilling.

Wünscht seitens der FPÖ jemand einen Beitrag? Niemand. Kollege Tremel? Bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREMEL:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Vorerst gleich eine erfreuliche Mitteilung, ich kann mir damit mein Thema ersparen, das ebenfalls die Verbindung Steyrs mit dem Zentralraum von Oberösterreich betrifft. Sie wissen und das ist auch kein Zufall, daß unsere Region von der SP- bzw. FP-Koalitionsregierung zum wirtschaftlichen Notstandsgebiet erklärt werden mußte, da es gewaltige Versäumnisse in den letzten Jahren gibt der Wirtschafts- bzw. auch der Politverantwortlichen in diesem Gebiet. Trotz jahrelanger Beteuerungen und Verhandlungen liegt z.B. die Verkehrssituation von und nach Steyr nach wie vor voll im argen. Die Stadt ist, wie wir wissen, vollkommen abgekapselt vom oberösterreichischen Zentralraum, von den zentralen Bahn- wie auch Straßenverbindungen. Dies wirkt sich natürlich auch negativ auf die bestehenden Betriebe aus und verhindert zum Teil auch Betriebsansiedlungen in unserer Stadt. Alle Gemeinderatsfraktionen, die hier sitzen, waren daher seit vielen Jahren, – Kollege Bürgermeister Schwarz hat das gerade erklärt, – genau seit 13 Jahren für eine leistungsfähige Schnellstraße, die S 37, von Steyr in Richtung Enns zur Westautobahn, daß wir in diese eingebunden werden. Kürzlich habe ich das schon in der Presse gelesen, daß heute Bürgermeister Schwarz in seinen Berichten Informationen geben wird, daß die Stadt Steyr nun nach so vielen Jahren nun nicht mehr unbedingt Wert auf eine Realisierung der Schnellstraße, nämlich auf derzeit geplante Trasse, legt. Wir machen heute solche Äußerungen gegenüber dem Landeshauptmann bzw. auch gegenüber Vertretern der Bundesstraßenverwaltung, die auch hier waren – das habe ich aus der Presse erfahren – so ist damit neuerdings verbunden, daß wir nicht einmal während der Alleinregierung der SP das bekamen und wenn wir etwas mehr Unterstützung der Genossen aus Wien gehabt hätten, so hätte es möglich sein müssen, dieses Problem der Verkehrsverbindung – es handelt sich ja um eine Bundesstraße – von und nach Steyr längst zu lösen. Aber wenn wir jetzt sagen, wir legen nicht unbedingt Wert

darauf, dann muß man ja wieder neu vorstellig werden, es müssen neue Pläne ausgearbeitet werden und es wird wieder auf die lange Bank geschoben. Es müssen Grundeinlösen durchgeführt werden, es kommen Anrainerbeschwerden usw. Das heißt, daß durch diese Äußerung, durch diese Festlegung meiner Meinung nach eine weitere Verzögerung eintreten wird. Wobei ja vordringlich die Nordspange zu bewerten ist und die hat ja auch noch kein Anschlußstück, nämlich die neue Ennsbrücke. Wer dieses Verbindungsstück zwischen Steyr und Enns immer zurücklegen muß – ich meine nicht mit dem Pkw, das ist ja kein solches Problem, wir können ja ausweichen auf Landesstraßen, sondern ich rede vom Schwerverkehr – weiß, daß das eine arge Verzögerung bedeutet. Mir ist klar, daß hier Wirtschaftstreibende, die in Steyr Ansiedlungsmöglichkeiten sehen, sicher aus verkehrstechnischen Gründen dies nicht tun. Das gleiche trifft auf die Eisenbahn zu. Ich kann mich erinnern, als der heutige Außenminister der SP, Lanc, damals als Verkehrsminister in Steyr war, habe ich von meiner Seite ziemlich stark urgiert den Ausbau der Eisenbahn, zweispurig usw. Es gab Versprechungen und wieder Versprechungen und so ähnlich ist es auch mit der Straße. Nächstes Jahr finden Landtagswahlen statt und ich kann mich erinnern, auch der Bezirksobmann wurde wieder gewählt und auch Landesrat Reichl hat den Ausbau dieser Straße, die Notwendigkeit, als eines seiner Themen gehabt. Da gab es sogar Bilder vom Wirt im Feld und solche Geschichten und wählt daher die große starke SP.

Ich glaube, daß mit derartigen Aussagen sicher nicht dazu beigetragen wird, daß es zu einer schnelleren Lösung dieser Verbindung kommt. Mich wundert allerdings, daß dieser Gesinnungswandel – hier greife ich besonders die Mehrheitsfraktion an – so in aller Stille gekommen ist, weil bis jetzt ist eigentlich das Konzept für die Stadt Steyr, das entwickelt und von uns allen beschlossen wurde, nicht aufgehoben und auch hier steht dieses Problem im Vordergrund, daß es gelöst wird. Jetzt auf einmal, ohne daß man im Gemeinderat darüber spricht, ohne daß es hier Debatten gegeben hat oder andere Beschlüsse, sagt man, wir legen keinen Wert darauf, wir wollen das anders lösen, fahren wir halt über Hargelsberg und Tillysburg.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für den Beitrag. Wünscht die FPÖ ein Thema? Herr Kollege Humer bitte.

GEMEINDERAT RUPERT HUMER:

Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!
Darf ich Ihnen vielleicht ganz kurz den neuen City-Bus vorstellen. Es wurde schon vor 10 Jahren von unserer Fraktion beantragt, diesen in Steyr einzuführen. Es ist aber nicht gelungen, daß der Motor die Leistung erbringt, auch Steigungen mit voller Belastung anzufahren. Die Steyr-Werke sagen aus, daß dieser Bus mit 65 PS die Leistung erbringen würde, um Steigungen bis 28 % mit voller Belastung zu bewältigen. Wir haben heute beschlossen, zwei neue Omnibusse anzuschaffen. Es würde unserer Meinung nach auch zu prüfen sein, ob der Bedarf dieses City-Busses, der schon in sehr vielen Städten eingeführt ist, – z. B. macht New York Werbung für den Steyrer City-Bus – nicht auch für Steyr gegeben wäre und es würde auch werbend wirken, wenn wir in Steyr dieses Produkt einführen würden. Der Bedarf kann sicher ermittelt werden. Wir haben das anhand des Bürgerstandes festgestellt, die Bevölkerung ist der Meinung, daß an Wochenenden oder verkehrssarmen Zeiten die Großraumbusse nicht eingesetzt werden müßten, besonders auch an den Stadträndern, wo nur einige Personen drinnen sitzen. Es würde in vielen Fällen eben ausreichen, einen kleinen Bus einzusetzen. Auch haben wir innerstädtisch, also in der City, noch Möglichkeiten, diesen einzusetzen. Erstens ist er sehr schmal, genau 2m und 3 cm, er kann daher überall auch in der Altstadt eingesetzt werden, dann hat er nur einen Einstieg in der Höhe von 30 cm, es können also auch ältere Personen leicht einsteigen und auch Menschen in Invalidenfahrzeugen könnten diesen Bus leicht benützen. Wir ersuchen alle Fraktionen, sich diesen Bus anzuschauen und falls Bedarf besteht, bei Erneuerung

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Wir sind schon vor 10 Jahren damit gefahren!

GEMEINDERAT RUPERT HUMER:

Ja, aber damals war er eben technisch noch nicht so weit, daß er bei uns eingesetzt werden konnte.

Ich würde Sie ersuchen, beim nächsten Bedarf für diesen City-Bus einzutreten.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für diesen Beitrag. Wünscht seitens der SPÖ jemand zu sprechen? Herr Kollege Pimsl bitte!

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Geschätztes Präsidium, werte Damen und Herren des Gemeinderates!

Vor allem darf ich mich bei Kollegen Humer bedanken für sein gesteigertes Interesse an den Steyr-Werken, hoffentlich kommt er nicht in Schwierigkeiten mit seinem Fraktionskollegen, der ist nämlich bei der Konkurrenz.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Es gibt im Herbst einen Allradbus von Steyr und VW!

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Aber man muß den Beitrag zumindest so betrachten, daß er positiv zu verstehen ist, allerdings mit einem Nachteil, daß die Möglichkeit des Einsatzes des City-Busses trotz seines stärkeren Motors im Stadtgebiet sehr gering ist. Das weiß ich aus früheren Erhebungen. Man sollte eines nicht vergessen, es werden manche Dinge fast mit Gewalt in den Gemeinderat gebracht. Denn einerseits ist es gerade die Freiheitliche Fraktion, die mehr Radfahrwege wünscht, um den Verkehr wieder in andere Bahnen zu lenken und andererseits möchte man mit mehr Bussen die städtischen Straßen noch mehr verstopfen, wenn auch unter dem Aspekt, den Individualverkehr auf den Massenverkehr umzulegen. Ich glaube, das wird in dem Fall nicht gelingen, weil für unsere Zwecke, ohne hier beruflichen Überlegungen vorgreifen zu wollen, keinesfalls eine halbwegs nur wirtschaftliche Einsetzbarkeit dieses City-Busses bei uns gegeben ist. Sie haben vorhin in der Tagesordnung des Gemeinderates gehört, daß Gelenkbusse wirtschaftlicher sind und es wurde von einem Debattenredner bedauert, daß die Steyr-Werke derzeit keine Gelenkbusse produzieren, weil sie eben wirtschaftlicher sind, weil sie gerade in Hauptverkehrsbereichen viel günstiger eingesetzt werden können. Man müßte nämlich dann einen doppelten Fuhrpark haben, einen Fuhrpark für verkehrsarme Zeiten und einen Fuhrpark für verkehrsstarke Zeiten. Das wird selbst bei allem Verständnis für notleidende Firmen, wie es auch mein Unternehmen ist, nicht möglich sein.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Pimsl. Kollege Holub bitte!

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Die Sache mit dem City-Bus, meine Damen und Herren, ist wirklich ein uraltes Thema, das wir hier im Gemeinderat schon seit Jahren diskutieren. Wenn die Voraussetzungen vom Motor her – das kann ich nicht beurteilen – nunmehr verbessert würden, so würde ich meinen, wäre es gar nicht uninteressant, einen Versuch zu machen, ob dieses Gerät nunmehr unsere steilen Berge erglimmen kann, ja oder nein. Dann könnte man darüber nachdenken, ob nicht tatsächlich in frequenzärmen Zeiten auf schwächeren Linien tatsächlich das Fahrzeug billiger fahren kann, selbst wenn man den Einstandspreis mit einkalkuliert. Ich glaube, es spricht gar nichts dagegen, wenn man versucht, neuere Wege zu gehen insofern, wenn das Fahrzeug tauglich ist – davon müßte man sich zunächst einmal überzeugen, ich glaube kaum, daß Farbprospekte, die ja nicht nur Dir, Kollege Humer, bekannt sind, sondern andere bekommen gelegentlich auch Bildmaterial – daß es sich auch auf ...

die Straße umsetzen läßt. Noch ein Flop mit dem City-Bus, das würde ich den Steyr-Werken nicht antun wollen, daß dann die wieder zugeben müssen, ja das wäre ganz schön, der fährt auch in New York, Shanghai, Salzburg und Wien, aber in seiner Heimatstadt Steyr kann er sich nicht bewegen. Oder wenn ja, dann nur im Pendelverkehr rund um den Stadtplatz, genau das, so glaube ich, sollten wir den Steyr-Werken ersparen. Es sind hier herinnen genug Angehörige der Steyr-Werke und ich glaube auch sagen zu können, daß der Herr Bürgermeister Schwarz nicht so schlechte Kontakte zu den Steyr-Werken hat, als daß er nicht erfahren könnte, ob sich dieses Fuhrwerk in Steyr belastet bewegen kann.

Das wäre zunächst meine Antwort auf den City-Bus. Es ist sicherlich ein Gedanke, der es wert ist, daß man ihm nachgeht. Aber weil wir schon von neuen Wegen reden und von neuen Gedanken und der City-Bus eine Maßnahme zum Nahverkehr ist und der Nahverkehr wird definiert als der Weg vom Arbeitsplatz zur Wohnung und umgekehrt und man definiert das ungefähr auf Kilometerentfernungen von 50 km, so komme ich noch einmal zur S 37 zurück, ohne von der Sache wegzusprechen.

Ich glaube Otto, es ist schon richtig, daß man Sorge haben soll, ob die Verkehrsbeziehung tatsächlich verbessert wird. Aber nur, weil man vor nunmehr 13 Jahren oder etwas später eine Trassierung quer durch die Landschaft sich fixiert hat, weil damals das Denken noch ganz anders war, weil damals hat man einfach ein Lineal auf die Karte gelegt und hat, koste es was es wolle, quer durch die Wiesen und Felder, und wenn es geht sogar mitten durch die Leute, Straßen gebaut. Es hat eben auch in der Öffentlichkeit ein gewisses Umdenken stattgefunden. Und wie wir alle miteinander wissen – auch Du weißt es – sind sehr intensive Überlegungen im Gange, wie weit man die Hargelsberger Bezirks- oder Landesstraße in einen Ausbau für verbesserte Verkehrsbeziehungen einbeziehen kann. Und exakt das ist es ja, was die Stadt Steyr tatsächlich braucht und was auch im Wesen im Entwicklungskonzept gefordert wurde. Wenn da, weil ja die Straße schon besteht und nur geringe Maßnahmen notwendig sind mit verhältnismäßig weniger Geld, unter wesentlich größerer Schonung der Natur, eine Verbesserung der Verkehrsbeziehung hergestellt werden kann, so sollte man nicht justament, weil man vor Jahren ein Lineal durch die Natur gezogen hat, hergehen und sagen, es wäre unrichtig gewesen und der Bürgermeister – ich bin jetzt in der komischen Situation, daß ich quasi den Bürgermeister verteidige und ich weiß, er braucht das nicht, daß ich ihn verteidige – hätte das nicht sagen dürfen und wir müssen das jetzt weiter machen, auch unter Umständen mit dem Kopf durch die Wand. Genau das sollten wir nicht und genau das haben wir doch alle als Öffentlichkeit in den letzten Jahren gelernt, daß die Meinung weg vom technokratisch Mittendurch ist. Das wollen die Bürger nicht mehr so deutlich und das wollen auch die Politiker nicht mehr so deutlich äußern, insbesondere in Zeiten wie diesen, wo das Geld für diese massiven Straßenbauten ohnehin sehr schwer wenn nicht gar nicht aufbringbar ist.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Otto, ich habe verstanden, Du meldest Dich mit keinem Beitrag zur Aktuellen Stunde?

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Ich kenne mich gar nicht mehr aus. Zuerst waren wir bei der S 37, dann kam das Thema, betreffend den City-Bus, und plötzlich fängt Gemeinderat Holub wieder an der mit S 37.

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich gehe sicher nicht mehr auf die S 37 ein, sondern ich spreche zu dem Thema, das die FPÖ angeschnitten hat, und zwar die Hintanhaltung des Individualverkehrs. Ich glaube aber, daß mit diesem City-Bus in Steyr nicht gedient wäre. Man kann nicht davon ausgehen, daß ein Produkt, weil es klein ist und wir eventuell frequenzschwache Zeiten hätten, unbedingt eingesetzt werden kann, sondern man muß vorher den umgekehrten Weg gehen, ob in Steyr ein solcher Bus unbedingt notwendig ist. Ich möchte nur erinnern daran – Du weißt das nicht, weil Du damals noch nicht im Gemeinderat warst – wir haben verschiedene Probleme gehabt, wir sind mit großen Bussen verschiedene Gebiete angefahren, wo

das nicht zweckmäßig war, wir haben für die verkehrsarme Strecke Wieserfeldplatz einen kleinen Bus gehabt, das war ein Versuch. Was ist herausgekommen? Diese Linie wurde nicht angenommen. Heute weiß man das, es gibt ein Konzept bei den Verkehrsbetriebern, und man weist darauf hin, daß man den Individualverkehr dadurch weitgehendst einengen kann auch im innerstädtischen Bereich, wenn man stärker diese Gelenkbusse einsetzt, die auch wirtschaftlicher sind. Es ist ja auch eine Kostenfrage, wie hoch würde dann der Fahrpreis werden, das müßte ja auch aufgeschlagen werden. Man müßte also gerade umgekehrt beginnen und sich fragen, ist Bedarf vorhanden. Aber offenbar aufgrund unserer Erfahrungen – die Herren von den Stadtwerken könnten das sicher besser kundtun als ich – ist derzeit keine Nachfrage in dieser Richtung gegeben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke.

Nachdem Kollege Treml angekündigt hat, daß er kein Thema zur Aktuellen Stunde vorbringen wird, sind wir am Ende angelangt.

Ich möchte mir aber doch noch einige Sätze genehmigen. Zum Bus darf ich sagen, daß wir einen gehabt haben, er hat sich nicht bewährt und er wurde wieder abgestellt, aus verschiedenen Gründen, aus Wirtschaftlichkeitsgründen und aus Gründen, die bereits in der Diskussion angeschnitten wurden. Es ist also keine neue Sache für uns, sondern wir haben uns damit schon sehr intensiv und ausführlich beschäftigt und fast alle Gemeinderäte sind schon einmal – das ist fast 10 Jahre aus – mit diesem Bus gefahren und er hat sich nicht sehr bewährt.

Einen Satz abschließend noch zur S 37, nachdem auch dieser Punkt zur Diskussion stand. Ich darf erinnern, daß ich bei meiner Antrittsrede angekündigt habe, wo ich das Wort S 37 bewußt verwendet habe, eine leistungsfähige Verbindung zur Autobahn. Diese Forderung ist aufrecht und wird von uns mit besonderem Nachdruck betrieben. Wir alle kennen die finanzielle Entwicklung des Bundes. Die Überlegungen, die jetzt mitspielen, unter Umständen eine Änderung vorzunehmen, dienen auch dazu, daß damit dem Bund und dem Land Möglichkeiten gegeben werden, eine um hundert Millionen sparsamere Lösung zu verwirklichen, die letztlich vielleicht nicht ganz, aber doch annähernd den Zweck der S 37 erfüllt. Das ist doch kein schlechter Vorsatz von uns, wozu noch die Forderung der Nordspange, die in der konkreten Form an sich dazugekommen ist, von uns auch verwirklicht werden soll.

Ich glaube, daß in der Richtung die Politik von unserer Seite richtig ist, wenn wir auf dieser Linie weiterarbeiten. Die Verwirklichung könnte – ich sage das im Gegensatz zu Dir, Otto, auch ich weiß, daß da Probleme vorhanden sind, Planänderungen usw. – aufgrund dessen, daß das weit billiger ist und aufgrund der Möglichkeit, daß sich Land und Bund mit dieser Lösung eher identifizieren als mit der anderen, trotz dieser Schwierigkeiten, die damit verbunden sind, das bestreite ich gar nicht, rascher vor sich gehen, als wenn wir nach wie vor die S 37 in der ursprünglichen Planung weiter verfolgt hätten. Die Widerstände waren eben zu groß, denn es ist ja kein Zufall, daß das so lange gedauert hat. Es wurden ja so viele Trassen vorgeschlagen und keine wurde irgendwo konkretisiert. Diese Schwierigkeiten erschienen bis jetzt ja unüberbrückbar und wir haben nichts davon, wenn wir uns auf einen Standpunkt stellen, mit dem wir nichts erreichen.

Das ist meine Meinung, denn ich glaube, daß die andere Art der Politik vernünftiger ist, weil wir damit unser Ziel, eine bessere Verbindung für unsere Wirtschaft und für uns alle in den oberösterreichischen Zentralraum zu erreichen, viel eher realisieren können. Das ist eine realistischere Vorgangsweise, das möchte ich sagen.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Darf ich kurz noch etwas dazu sagen?

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Bitte gerne!

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Es haben Gespräche stattgefunden, wenn an die Realisierung gedacht ist, wieviele Schilling fließen vom Bund über das Land, über Landesrat Winetzhammer, jetzt in die Region Steyr für den Straßenbau im Jahre 1984. Nach bisherigen Aussagen nämlich nichts, was ich in der Zeitung lese.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Es ist das Vorhaben Bad I vorgesehen und dafür für das heurige Jahr 6 Millionen Schilling. Es hat uns der Bautenminister auch in dieser Richtung unterstützt. Für Steinfeld ist ebenfalls ein Betrag vorgesehen. Es ist also schon etwas vorgesehen in dieser Richtung, es fließen sicher Mittel nach Steyr und es gibt auch die Zusicherung des Ministeriums, daß diese Art der Durchführung auch von dort begrüßt und forciert wird. Der Bautenminister, ich darf diesen Termin sagen, hat auch vor der Presse eine Äußerung gemacht – das dürfte sogar publiziert worden sein – daß er sich vorstellen könnte, daß das gesamte Projekt bis Ende 1989 fertiggestellt ist. Das war eine konkrete Aussage von ihm, da wiederhole ich seine Worte. Das ist die Situation, in der wir sind und ich glaube, daß wir damit auch einigermaßen eine Zielrichtung haben.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende der heutigen Gemeinderatsitzung angelangt. Einer alten Tradition folgend, darf ich Ihnen mitteilen, daß wir heute Beschlüsse im Ausmaß von 25,375.000,- gefaßt haben zum Wohle unserer Bevölkerung. Es werden damit wieder viele Dinge erledigt werden können.

Ich danke allen für die Mitarbeit und für die Diskussionsbeiträge. Die Sitzung ist geschlossen.

Ende der Sitzung: 17.30 Uhr

DER VORSITZENDE:



DIE PROTOKOLLFÜHRER:



Gertraude Gumpenberger

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

